

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität
Kurzprotokoll
15. Sitzung**

**Berlin, den 16.01.2012, 13:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: E 700**

Vorsitz: Daniela Kolbe (Leipzig), MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 7

Tagesordnungspunkt 1 S. 8

Vorbereitende Klärung für die Berichtsbeiträge der Projektgruppen

hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)62
 Kommissionsdrucksache 17(26)63

Tagesordnungspunkt 2 S. 46

Vergabe einer Kurzexpertise "Bedingungen, Strategien und ethische Verpflichtungen bei der Lösung einer Allmendeproblematik aus Sicht einzelner Akteure"

hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)64

Tagesordnungspunkt 3 S. 47

Beschlussfassung über die Durchführung des Symposiums am 21. März 2012

hierzu: Kommissions-Arbeitsunterlage 17(26)15

Tagesordnungspunkt 4 S. 48

Verschiedenes



Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"
 Montag, 16. Januar 2012, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Bilger, Steffen		Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias		Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias		Klimke, Jürgen
Nüßlein Dr., Georg		Linnemann Dr., Carsten
Vogelsang, Stefanie		Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias		Schön (St. Wendel), Nadine
SPD		SPD	
Arndt-Brauer, Ingrid		Heil (Peine), Hubertus	
Bulmahn, Edelgard		Högl Dr., Eva	
Kolbe (Leipzig), Daniela		Kelber, Ulrich
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	Schaaf, Anton
FDP		FDP	
Bernschneider, Florian		Kauch, Michael
Bögel, Claudia		Sänger, Björn
Skudelny, Judith		Vogel (Lüdenscheid), Johannes
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Leidig, Sabine		Bulling-Schröter, Eva
Lötzer, Ulla		Schlecht, Michael

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
Montag, 16. Januar 2012, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u>	 	<u>BÜ90/GR</u> 
Andreae, Kerstin		Gambke Dr., Thomas	
Ott Dr., Hermann		Wilms Dr., Valerie	

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver

Bracht van, Georg

Brand Prof. Dr., Ulrich

Carstensen Prof. Dr., Kai

Enderlein Prof. Dr., Henrik

Habisch Prof. Dr., André

Hexel, Dietmar

Hölz Prof., Hanns Michael

Jänicke Prof. Dr., Martin

Jochimsen Prof. Dr., Beate

Miegel Prof. Dr., Meinhard

Müller, Michael

Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz

Reuter Dr., Norbert

Schmidt Prof. Dr., Christoph

Schneidewind Prof. Dr., Uwe

Wagner Prof. Dr., Gert

Betzüge
Bracht van
Brand
Carstensen

Hexel

Hölz
Jänicke
Jochimsen
Miegel

Paqué
Reuter

Schneidewind
Wagner

off

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Montag, 16. Januar 2012, 13:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Mica Dietlmeier B90/Grüne

Alexander Benschberger SPD

Alexander Mishin CDU/CSU

Schweffel FDP

Seitz B90/Grüne

Thomas Klein FDP

Klaus Klauerte Linke

Montag, 16. Januar 2012, 13:00 Uhr

Ministerium
bzw. Dienststelle
(bitte Druckschrift)

Name
(bitte Druckschrift)

Dienststellung
(bitte
nicht abgekürzt)

Unterschrift

BK

Jauernfeld

RL

Jauernfeld

Bundesrat:
(bitte Druckschrift)

Unterschrift

Dienststellung
(bitte
nicht abgekürzt)

Land

Rehholz

LA RZ

Referentin

RP

Beginn der Sitzung: 13.03 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe (SPD), eröffnet die Sitzung und begrüßt sowohl die Kommissionsmitglieder als auch die Zuschauer auf den Rängen und an den Bildschirmen recht herzlich. Sie richtet sodann ihre Neujahrswünsche an sämtliche Mitglieder der Kommission.

Nachträglich gratuliert sie Abg. Florian Bernschneider und Sachverständigen Prof. Gert Wagner zum Geburtstag. Schlussendlich weist sie auf die Übertragung der Sitzung im Parlamentsfernsehen hin.

Sie macht sodann ausdrücklich auf die neu eingeführte Kommentarfunktion auf der Internetseite der Enquete-Kommission aufmerksam. Dort besteht seit Neuestem die Möglichkeit für interessierte Bürgerinnen und Bürger, sich mit Anregungen, Wünschen und Kritik in die Arbeit der Kommission einzubringen.

Sie weist sodann auf den Vermerk über das Obleutegespräch vom 13. Dezember 2011 hin, der am 19. Dezember 2011 an sämtliche Kommissionsmitglieder versandt worden sei. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben, weshalb entsprechend verfahren werden kann.

Sie leitet sodann zu Tagesordnungspunkt 1 über.

Tagesordnungspunkt 1

Vorbereitende Klärung für die Berichtsbeiträge der Projektgruppen

hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)62

 Kommissionsdrucksache 17(26)63

Die Vorsitzende macht Erläuterungen zu dem geplanten Beratungsablauf und erteilt der Vorsitzenden der Projektgruppe 1, Frau Abg. Claudia Bögel (FDP), das Wort.

Abg. Claudia Bögel (FDP) berichtet in ihrer Eigenschaft als Projektgruppenvorsitzende aus der Arbeit der Projektgruppe. Diese mache durchaus erfreuliche Fortschritte. Unter anderem habe man sich eine Geschäftsordnung gegeben, die insbesondere Redezeitbegrenzungen vorsehe. Dies habe sich positiv auf den Beratungsgang ausgewirkt. Natürlich gebe es weiterhin inhaltliche Kontroversen, die in der Kommissionsdrucksache 17(26)62 dargestellt seien. Strittig sei u. a. die Frage, ob eine Lenkung durch staatliche Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien grundsätzlich zu befürworten sei oder nicht. Ebenfalls werde diskutiert, wie die Beschäftigungseffekte eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft zu bewerten seien. Uneinigkeit bestehe darüber hinaus in der Frage, inwieweit es eine tatsächliche Evidenz für das sog. ‚Carbon-Leakage‘ gebe. Sie macht den Vorschlag, dass nunmehr die Sachverständigen zu den aufgeworfenen Dissens- und Konfliktfeldern Stellung nehmen sollten.

Die Vorsitzende ergreift sodann das Wort und macht den Vorschlag, den Beratungsgang nunmehr anhand der Kommissionsdrucksache 17(26)62 zu führen und die dort aufgeführten vier größeren Konfliktfelder nach und nach abzarbeiten. Sie ruft das unter 1. umschriebene Konfliktfeld auf: ‚Verhältnis von Wachstum und Entwicklung‘ und damit einhergehend: ‚Dominiert die quantitative oder qualitative Komponente des Wachstums‘? Sie erteilt hierzu Sachverständigen Prof. Paqué das Wort.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué konstatiert, man habe in der Projektgruppe 1 in der Tat eine Diskussion darüber, ob und inwieweit sich Wachstum und Entwicklung unterscheiden würden. Es gebe in der modernen Wachstumsökonomik - beispielhaft führt er das Lehrbuch von Philippe Aghion ‚Economics of Growth‘ an - einen Wachstumsbegriff, der gleichermaßen sowohl quantitatives als auch qualitatives Wachstum umfasse. Gemeint sei damit auch das Wachstum, welches sich aus der endogenen, technologischen Entwicklung ergebe. Er sei deshalb ein Vertreter der Position, dass man den

Wachstumsbegriff nicht zu sehr verengen dürfe. Man müsse das qualitative Wachstum maßgeblich mit in den Blick nehmen. Er sei der Überzeugung, dass zumindest in den industriell hoch entwickelten Ländern ein Großteil des Wachstums auf der Neuanwendung technischen Wissens basiere. In diesem Sinne liege bereits qualitatives Wachstum vor, also gerade nicht immer ‚Mehr von dem Gleichen‘. In der Auseinandersetzung mit dieser Position habe sich innerhalb der Projektgruppe 1 gewissermaßen eine Gegenposition entwickelt. Diese Position mache einen expliziten Unterschied zwischen Wachstum und Entwicklung. Er persönlich treffe diese Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung nicht. Dies entspreche nach seiner Einschätzung auch dem ‚Mainstream‘ in der Volkswirtschaftslehre. Nach seinem Dafürhalten sei die Auffassung in der Volkswirtschaft absolut etabliert, dass Wachstum in einem qualitativen Sinne von zentraler Bedeutung sei. Entwicklung sei letztlich nichts anderes als Wachstum. Wachstum wiederum sei identisch mit Entwicklung. Er halte es deswegen konzeptionell für irreführend, wenn man eine Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung vornehme. Man könne dann sehr wohl noch darüber diskutieren, wie dieses Wachstum bzw. diese Entwicklung auszusehen habe. Festzuhalten sei jedoch, dass Wachstum und Entwicklung letztlich das Gleiche seien.

SV Michael Müller repliziert hierauf, dass sowohl in der Soziologie - er beruft sich diesbezüglich auf den Soziologen Alian Touraine - als auch in der klassischen Ökonomie - hierzu beruft er sich auf Joseph Schumpeter - sehr wohl eine Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung vorgenommen werde. Denn im Kern sei die moderne Gesellschaft durch die Dynamik der Veränderung, aber nicht unbedingt durch die Dynamik des Wachstums gekennzeichnet. Niemand bestreite, dass das wirtschaftliche Wachstum die Gesellschaft in Deutschland in den Jahren zwischen 1950 und 1975 enorm vorangebracht habe. Selbstverständlich habe dieses wirtschaftliche Wachstum das Bild des modernen Kapitalismus geprägt. Dies sei die Phase 1950 bis 1975 gewesen. Nach dieser Phase sei es jedoch immer wieder zu Notlösungen gekommen, um in krisenhaften Situationen Stabilität zu erreichen. Dies sei gewissermaßen seine Gegenposition zu Herrn Prof. Paqué. Die beschriebene Phase zwischen 1950 und 1975 habe die Gesellschaft in Deutschland ohne Zweifel enorm geprägt, gleichwohl habe sich die Welt danach aber radikal verändert. Man befinde sich gewissermaßen noch in einer gedanklichen Position, die mit der Herausbildung der ökologischen Frage nach 1975 nicht mehr übereinstimme. Deswegen könne diese (veraltete

Position) nicht mehr die richtige Antwort sein. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die sehr interessanten Untersuchungen des Max-Planck-Instituts zur Gesellschaftsforschung in Köln. Diese Studie habe ziemlich präzise die genannten Notlösungen seit Mitte der 1970er Jahre dargestellt. Ausgangspunkt sei gewesen, nachdem es zu einem massiven Anstieg der Inflation gekommen sei und es zugleich immer schwieriger wurde, die Friedensformel in den 1970er Jahren aufrecht zu erhalten, dass es zu einem grundlegenden Wandel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gekommen sei. Die Geldpolitik sei im Zuge dieser Entwicklung gewissermaßen dominant zur Wirtschaftspolitik geworden. Gleichzeitig seien die Auswege, die man gesucht habe, um wirtschaftliches Wachstum zu erzielen, erst höhere Inflation, dann Staatsverschuldung, dann private Verschuldung, dann der Zusammenbruch von Lehman-Brothers und dann wieder die Staatsverschuldung, nur befristete Notlösungen gewesen, um ein Ziel zu erreichen, was vom Grundansatz nicht mehr zu erreichen war. Diese Entwicklung habe zu einer eklatanten Verschiebung in der Wechselwirkung zwischen Markt und Demokratie geführt, letztlich zu Lasten der Demokratie. Deshalb gehe es jetzt im Kern nicht mehr um eine wirtschaftspolitische Frage, sondern vielmehr um eine gesellschaftspolitische. Diese Frage würde er immer klar mit dem Begriff der Entwicklung kennzeichnen. Er kündigt zu diesen von ihm soeben vorgestellten Thesen ein gesondertes Papier an, welches er der Kommission zur Kenntnis geben wolle. Der entscheidende Aspekt sei, dass man durch äußere Faktoren wie der ökologischen Frage und andererseits durch die systemimmanenten Grenzen nicht mehr mit den alten Begriffen des Wachstums auskomme.

Die Vorsitzende fasst sodann die vorangegangenen Statements kurz zusammen.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué stellt noch einmal klar, dass er selbstverständlich nicht gesagt habe, dass das BIP jegliches Wachstum bzw. jegliche Entwicklung voll umfänglich abbilde. Das BIP habe vielmehr viele Schwachstellen. Ihm sei es darum gegangen, besonders herauszustellen, dass Wachstum zumindest in hoch entwickelten Industriestaaten den Charakter habe, durch Innovationkraft getrieben zu sein. Dies sei letztlich nichts anderes als das, was Schumpeter unter Entwicklung verstanden habe.

SV PD Dr. Norbert Reuter dankt Prof. Dr. Paqué für diese Klarstellung und kündigt an, er wolle den Konflikt innerhalb der Projektgruppe 1 noch einmal besonders zuspitzen. Er sei in diese Kommission gegangen, um über die

Probleme des Wachstums bzw. um über Veränderungen der Wachstumsrichtung mit anderen zu diskutieren. Die Position von Herrn Paqué laute zugespitzt wie folgt: „Gegen Wachstum könne man nichts haben, im Gegenteil: Je höher das Wachstum, desto besser, weil das Wachstum immer qualitativer werde“. So betrachtet sei gewissermaßen die gesamte Kommission überflüssig, weil man dann so weitermachen könne wie bisher. Dies sei das grundsätzliche Problem, weil dies nach seiner Auffassung nicht dem Auftrag der Enquete entspreche. Dies führe zu den schweren Konflikten innerhalb der Projektgruppe 1. Die eine Seite habe gar nichts an der alten Wachstumsausrichtung auszusetzen, weil das Wachstum ohnehin qualitativ sei, mithin auch eine wertende Dimension habe. Wertend in dem Sinne, als dass es immer besser werde, also einen normativen Inhalt habe. Die andere Seite wolle über die Probleme des Wachstums reden. An diesem Punkt ‚hake‘ man gewissermaßen bei allen Themen, die man diskutiere. Diese Positionen stünden sich diametral entgegen.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) richtet eine Verständnisfrage an den Sachverständigen Michael Müller. Sie fragt, wie genau er den Begriff der Entwicklung definiere bzw. wie ein möglicher Indikator für Entwicklung aussehen könne.

SV Michael Müller antwortet hierauf, in der Brundtlandkommission habe man sich ganz bewusst vom Begriff des Wachstums entfernt. Stattdessen sei man bewusst auf eine andere gesellschaftspolitische Ebene gegangen. Die historische Erfahrung habe gezeigt, dass der Begriff der Entwicklung weitere Dimensionen enthalten müsse wie beispielsweise soziale Verträglichkeit, ökologische Verträglichkeit, Demokratieakzeptanz, wirtschaftliche Innovationskraft – allesamt auch Dimensionen, die in dem Begriff der Lebensqualität aufscheinen. Er weist sodann noch darauf hin, dass man drei Dimensionen betrachten müsse, nämlich die ökologische, die soziale und ökonomische Seite. Zuletzt darin gehöre insbesondere das Abflachen der außerordentlich hohen Wachstumsrate der Nachkriegszeit in eher ein lineares Wachstum. All das habe vor diesem Hintergrund des Gleichgewichts der Gesellschaften in der Welt dazu geführt, dass man ganz bewusst nicht nur auf den Begriff der Entwicklung gegangen sei, sondern diesen auch noch qualifiziert habe mit dem Begriff der nachhaltigen, also der dauerhaften Entwicklung.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) fragt nach, was dann der Unterschied zwischen Entwicklung und Wohlstand sei.

SV Michael Müller erwidert hierauf, dass Wohlstand etwas sehr kurzfristiges sein könne, während nachhaltiger Wohlstand auf Dauer angelegt sei.

SV Prof. Dr. Uwe Schneidewind merkt an, man bewege sich in der Diskussion auf der Ebene von Definitionen. Nach seiner Ansicht könnten Definitionen weder richtig noch falsch, sondern vielmehr nützlich oder weniger nützlich sein. Vor diesem Hintergrund nimmt er Bezug auf die Ausführungen von Sachverständigen Paqué und dessen Wissenschaftsverständnis. Herr Paqué habe deutlich gemacht, die Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung ergebe keinen Sinn, vielmehr seien beide Begriffe in dem qualitativen Wachstumsverständnis der Ökonomie inkorporiert. Durch diesen gedanklichen Schritt mache Herr Paqué gewissermaßen eine Differenzierung unmöglich. Sein Verständnis von einer guten Wissenschaft sei, dass, wenn in der Realität interessante Fragestellungen aufgeworfen werden würden, es dann durchaus sinnvoll sei, neue Begriffe zu finden, die diese Differenzierung beschrieben. Der Standpunkt von Herrn Paqué sei zugegebenermaßen insofern legitim, als dass die hier gefundenen Begriffe ‚Wachstum‘ und ‚Entwicklung‘ nicht die richtigen seien. Er richtet sodann die konkrete Frage an Herrn Paqué, ob er das Phänomen negiere. Anders ausgedrückt, ob er den Standpunkt vertrete, dass das Phänomen gar nicht existiere. Oder aber, ob er sage, das Phänomen sei zwar gegeben, aber die Begrifflichkeiten seien nicht adäquat. Er führt zudem aus, dass er den Verweis auf ein Standardlehrbuch der Ökonomie als irritierend empfunden habe. Denn die Tatsache, dass die ökonomische Theorie diese Differenzierung nicht vornehme, könne auch Ausdruck von Defiziten einer rein disziplinären Betrachtung sein. Oder ob er das Gefühl habe, dass nur die Ökonomie hierzu nichts zu sagen habe, dass es aber andere Disziplinen geben könne, die diese Differenz zu erkennen glaubten.

Bezug nehmend auf die an ihn gerichteten Fragestellungen präzisiert SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, dass er, wenn er von Wachstum bzw. Entwicklung spreche, von wirtschaftlichem Wachstum bzw. Entwicklung spreche. Selbstverständlich gebe es eine Vielzahl von anderen Bereichen, in denen diese Begriffe ebenfalls verwandt werden könnten. Beispielhaft nennt er das antike Griechenland, das ab einem gewissen Punkt nicht mehr wirtschaftlich gewachsen sei. Gleiches gelte für das antike Rom. Gleichwohl hätten sowohl das antike Griechenland bzw. das antike Rom noch eine Unmenge an kultureller Produktivität entwickelt. Selbstverständlich gebe es noch andere Wachstums- und Entwicklungsaspekte außerhalb der Wirtschaft. Diese Unterscheidung halte er für absolut sinnvoll. Er bestreite keineswegs, dass es

neben der Wirtschaft noch andere Kategorien des Lebens gebe. Alles andere sei sicherlich absurd. Gleichwohl störe ihn an der Diskussion, dass die Wachstumskritiker bei ihrer Kritik am Wachstumsbegriff die alte Solow'sche Wachstumstheorie, die auf Akkumulation basiere, vor Augen hätten. Demgegenüber habe die moderne Wirtschaftswissenschaft selbstverständlich längst einen modernen, qualitativen Wachstumsbegriff entwickelt. Dies sei von zentraler Bedeutung für die Arbeit der Enquete-Kommission. Man befinde sich in einer Diskussion, Wirtschaftswachstum versus Wirtschaftsentwicklung. Es sei irreführend, wenn man eine Front gegen das Wachstum aufbaue, beruhend auf der Vorstellung, dass Wirtschaftsentwicklung etwas ganz grundlegend anderes sei. Hiergegen wehre er sich. Denn dies führe auch, was die politischen Vorschläge anbelange, in die Irre. Er habe überhaupt nichts gegen eine lebhaftige Diskussion darüber, wie man Wachstum bzw. Entwicklung erreichen könne. Aber er halte nichts davon, einen Keil zu treiben zwischen Wachstum und Entwicklung.

SV Prof. Dr. Beate Jochimsen stellt vor dem Hintergrund der Ausführungen von Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué eine Rückfrage an SV Michael Müller. Sie fragt, was genau er sich unter wirtschaftlicher Entwicklung vorstelle, die nichts mit Wachstum zu tun habe.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel führt aus, er könne an der Debatte nicht verstehen, warum man sich der Möglichkeit begrifflicher Differenzierung begeben. Denn nach seiner Auffassung sei begriffliche Differenzierung ein Fortschritt, soweit sie nicht ins Unsinnige führe. Wenn es so sein sollte, dass man immer ‚Mehr von dem Gleichen‘ mit dem Begriff ‚A‘ belege und man etwas Neues oder Anderes bzw. Fortentwicklung mit dem Begriff ‚B‘, dann sei dies aus seiner Sicht ein Fortschritt. Denn dies ermögliche eine Unterscheidung zwischen Wachstum in dem Sinne, wo immer ‚Mehr von dem Gleichen‘ geschaffen werde, und es sei unbestritten, dass man sowohl lokal wie auch regional als auch global diese Form von Wachstum feststellen könne. Wenn beispielsweise ein Konjunkturprogramm aufgelegt werde, so würde man auch in der Bundesrepublik immer ‚Mehr vom Gleichen‘ erhalten. Gleichwohl gebe es ohne jeden Zweifel dieses andere Wachstum, auf das Herr Prof. Dr. Paqué abstelle. Allerdings tue dies Herr Prof. Dr. Paqué seines Erachtens mit der problematischen Konsequenz, als dass dieser sage, Wirtschaftswachstum sei durch technisches Wissen bedingt. Die ganze wirtschaftliche Expansion, die man beobachte, sei nichts anderes als die sich entfaltende neue Technik. Diese Ansicht sei nach seinem Dafürhalten empirisch nicht zu halten. Denn es handele sich wirklich um zwei verschie-

dene Dinge. Wenn man nun eine Diskussion führen wolle über die Bedeutung des Wachstums und man zugleich die Möglichkeit habe – darüber müsse man sich verständigen –, man wolle Wachstum im Sinne dieses ‚A‘ benutzen, also ‚Mehr vom Gleichen‘ bzw. Expansion, und gleichzeitig sage, man habe dieses neue, mit ökologischen und sozialen Aspekten versehene Wachstum, gewissermaßen das ‚B‘, dann könne man zweifelsohne sagen, ‚B‘ könne, müsse aber gleichwohl nicht im ‚A‘ mit ‚drinstecken‘. Umgekehrt gebe es ‚A‘, ohne dass darin ‚B‘ mit ‚drinstecke‘. Dann seien das zwei verschiedene Sachen. Es wäre gut, wenn man sich darauf verständigen könne, dass man diese Art von Wachstum im Sinne eines ‚Mehr vom Gleichen‘ habe und gleichzeitig eine Art von anderem Wachstum, die man Entwicklung nennen könne. Man könne Letzteres selbstverständlich auch anders benennen. Diese Entwicklung sei aus seiner Sicht das Entscheidende. Man sei ja schon einen entscheidenden Schritt weiter, wenn man sagen könne, dass sich Dinge auch dann entwickeln können, ohne dass man immer ‚Mehr vom Gleichen‘ habe. Dann hätte man Wachstum und Entwicklung entkoppelt. Umgekehrt könne man auch sagen, man habe Wachstum (immer mehr vom Gleichen), ohne dass man Entwicklung habe. Beides sei empirisch völlig problemlos nachweisbar.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) glaubt, niemand mache hier eine Front gegen Wachstum auf. Die Frage sei vielmehr, ob Wachstum Fokus und Ziel oder Mittel für andere gesellschaftspolitische Zielsetzungen sei. Die Frage sei also vielmehr, ob man sich in dieser Enquete nicht mehr über die Ziele unterhalten müsse. Sie nennt beispielhaft die Fragen der ökologischen und sozialen Krise. Sie führt weiter aus, man habe in den letzten Jahrzehnten vor allem ein Wachstum der Finanzanlagen, ein Wachstum des Umweltverbrauchs, ein Wachstum der Ungleichheit. Vor diesem Hintergrund könne man doch nicht einfach behaupten, Wachstum müsse ein Ziel an sich sein, weil sich dann automatisch so etwas wie ‚Entwicklung‘ ergäbe. Vielmehr müsse man die Frage einer sozialen und ökologischen Entwicklung in den Fokus rücken. Dann könne Wachstum auch ein Mittel sein, dies zu erreichen. Es sei daher falsch, Wachstum an sich als Ziel zu setzen, in dem Sinne, dass Wachstum all die genannten gewünschten Entwicklungen quasi automatisch ergebe. Sie stellt die Frage, was denn passieren würde, wenn Wachstum ausbleibe. Nach der Aussage von Prof. Dr. Paqué würden dann all die genannten Entwicklungen ausbleiben. Vielmehr müsse man sich zum Ziel setzen, auch bei einem Ausbleiben von Wachstum weitere gesellschaftliche

Entwicklungen zu ermöglichen. Dies könne man nur schaffen, wenn man sich von dem ‚Wachstumsfetisch‘ löse.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand geht sodann auf den Begriff der Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Wachstum und Gesellschaft ein. Wenn man davon ausgehe, Wirtschaft sei die Produktion und Reproduktion des materiellen Lebens, z. B. Essen, Wohnen, Sich-Bewegen etc., dann sei festzustellen, dass ein Teil unserer Gesellschaft hinsichtlich der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen geldvermittelt sei. Dieses Geldvermittelte gerate in den Blick der Wirtschaftswissenschaften. Dies sei aber nicht gleichzusetzen mit dem Aspekt der Entwicklung. Denn viele wichtige Tätigkeiten, die zu Wohlstand und Entwicklung beitragen, seien nicht geldvermittelt. Diese tauchten im Wachstum bzw. in dieser Indikation nicht auf. Er erhoffe für die Arbeit dieser Enquete-Kommission, dass herausgearbeitet werde, dass ein Großteil der gesellschaftlichen Arbeit bzw. gesellschaftlichen Wohlstands und Entwicklung geleistet werde ohne Geldvermittlung. Er beruft sich beispielhaft auf die Frage der Allmende, die keineswegs geldvermittelt sein müsse. Als weiteres Beispiel führt er die fahrradgerechte Stadt an. Wenn der Fahrradverkehr in Städten sehr stark zunehme, habe dies sehr viel mit Entwicklung zu tun, nämlich einer umweltfreundlichen Mobilität. Dies habe aber gleichwohl nicht viel mit Wachstum zu tun, weil andere geldvermittelte Angebote zurückgeschraubt würden.

Abg. Judith Skudelny (FDP) bestreitet das von SV Prof. Dr. Brand vorgebrachte Beispiel der fahrradgerechten Stadt. Diese sei durchaus mit erheblichen Mehrkosten verbunden, weil es notwendig sei, die Straßen entsprechend auszubauen. Auch koste es im Winter mehr Aufwand, die Straßen für Fahrräder befahrbar zu halten. Sie führt weiter aus, dass es durchaus Bereiche gebe, wo man deutlich erkennen könne, dass Wachstum und Entwicklung sehr eng miteinander zusammenhängen. Sie nennt beispielsweise den Bereich der erneuerbaren Energien. Sie wirft die Frage auf, wie man die Energiewende ohne Wachstum bewältigen wolle, das heißt ohne neue Leitungen, ohne neue Kraftwerke, ohne neue Windräder, ohne neue Solaranlagen. Dazu brauche man, wenn man dieses Ziel global erreichen wolle, einen gewissen Exportüberschuss. Denn man wolle ja erreichen, dass die neuen Technologien in der Lernkurve der Schwellenländer eine wichtige Rolle spielten. Das bedeute konkret, dass diese eben nicht auf die alten Technologien setzten, sondern auf die neuen. Dies könne nur erreicht werden, wenn die Schwellen- und Entwicklungsländer diese neuen Technologien von „uns“ zumindest in einem ersten Schritt erwerben würden. Dies

bedeute, dass gerade in Deutschland Wachstum und Entwicklung sehr nah zusammenpassen würden. Wenn man sich beispielsweise ein neues Auto oder einen neuen Kühlschrank kaufe, so sei dieser umweltfreundlicher. Dies sei jedoch in China grundsätzlich anders, weil dort der Wohlstand noch nicht so weit vorangeschritten sei wie beispielsweise in Deutschland. Wenn sich dort die Bevölkerung zunehmend ein Auto leisten könne, so bedeute dies zunächst einmal ein in der Tat quantitatives Wachstum. Deswegen plädiere sie für eine Unterscheidung zwischen globaler und nationaler Ebene. Qualitatives Wachstum passe sicherlich sehr gut für die nationale Ebene, international sei eher von einem quantitativen Wachstum auszugehen. Es sei wichtig, zwischen globaler und nationaler Ebene zu unterscheiden. Sie äußert sich überzeugt, dass es in Deutschland keinen Wirtschaftsbereich gebe, in dem Wachstum mit einem Mehr an Umweltverschmutzung einhergehe.

SV PD Dr. Norbert Reuter nimmt Bezug auf die Aussage des SV Prof. Dr. Miegel und dessen Unterscheidung zwischen Wachstum ‚A‘ (quantitatives Wachstum) und Wachstum ‚B‘ (qualitatives Wachstum). Er halte diese Unterscheidung für sehr zutreffend. Gleichwohl befürchte er, dass SV Prof. Dr. Paqué sagen würde, dass es Wachstum ‚A‘ (quantitatives Wachstum) gar nicht gebe, sondern nur das Wachstum ‚B‘ (qualitatives Wachstum), weil jedes Wachstum qualitative Elemente habe. Er stellt daher die Nachfrage an Herrn Prof. Dr. Paqué, ob dieser sich vorstellen könne, dass es im ökonomischen Sinne ein Wachstum gebe, das nicht qualitativ sei, oder anders ausgedrückt, ob dieser sich vorstellen könne, dass es ein BIP-Wachstum gebe, das sich als schlecht für die Gesellschaft erweise. Wenn Herr Prof. Dr. Paqué dies zugebe, dann müsse man natürlich die Frage stellen, wie man das eine Wachstum vom anderen unterscheiden könne. Aus dieser Unterscheidung folge wiederum die Frage, welche Indikatoren man benötige bzw. welche politischen Hebel man ansetzen müsse, um das gewünschte Wachstum herbeizuführen. Insofern sei die von Herrn SV Prof. Dr. Miegel vorgenommene Unterscheidung schon eine zentrale Frage.

SV Prof. Dr. Gert Wagner führt aus, er habe die Anhänger des „alten“ Wachstumsbegriffs so verstanden, dass diese Wachstum als Ziel und nicht als Instrument definieren würden. Dieser Ansatz leuchte ihm nicht ein, weil es gerade in der Volkswirtschaft so sei, dass nicht das Wachstum oder das Einkommen gesteigert, sondern dass vielmehr der Nutzen optimiert bzw. maximiert werden solle. Dieser Nutzen könne mit materiellem Wachstum einhergehen oder auch nicht. In der Debatte seien einige Beispiele genannt

worden, wo der Nutzen nicht einhergehe mit Wachstum. Beispielsweise sei seit vielen Jahrzehnten ein Rückgang der Arbeitszeiten zu beobachten, weil es den Menschen zunehmend wichtiger geworden sei, ihren Wohlstand zu genießen anstatt immer mehr materiellen Wohlstand anzuhäufen. Er schlussfolgert, dass man, wenn man auf den Kern des ökonomischen Paradigmas zurückgehe, feststellen müsse, dass Wachstum gar nicht die zentrale Zielvariable sein könne. Zielvariable könne daher nur der Nutzen sein. Diesen Nutzen könne man dann auf verschiedene Ebenen herunterbrechen, über die man dann trefflich streiten könne, also um die Frage, wie verschiedene Lebensbereiche gestaltet werden können. Dies führe dann letztlich zu der Frage der Entwicklung verschiedener Lebensbereiche und gerade nicht zu einem eindimensionalen Wachstumsbegriff. Aus diesem Grund verstehe er den Streit in der Enquete-Kommission nicht wirklich. Er könne den Streit nur dann verstehen, wenn man befürchte, vom Wachstumsbegriff abzukommen würde bedeuten, dass dies mit der Gefahr einhergehe, andere Zieldimensionen in den Blick zu bekommen, die man nicht gerne sehe, beispielsweise das Thema Verteilungsgerechtigkeit. Wenn man dieser Meinung anhängt, so behaupte man lieber, Wachstum sei so wichtig, dass es keinen Sinn mache, davon abzugehen. Auf diese Art und Weise werde Wachstum, welches eigentlich nur ein Instrument sein könne, in den Vordergrund gestellt, weil über gewisse Zieldimensionen eben nicht gestritten werden solle. Seinen eigenen, persönlichen Standpunkt spitzt Prof. Dr. Wagner sodann wie folgt zu: Ziel sei es, den Nutzen des Einzelnen und der Gesellschaft insgesamt zu mehren. Hierbei könne Wachstum in bestimmten Bereichen hilfreich sein. Aber das Wachstum sei letztlich nur ein Instrument und nicht das Ziel. Er plädiert dafür, die Gesellschaft zu gestalten. Aber eine Wachstumsrate an sich könne kein Ziel sein und sei es eigentlich auch nie gewesen.

SV Dietmar Hexel schließt sich den Ausführungen von Prof. Dr. Meinhard Miegel und Prof. Dr. Wagner inhaltlich an. Er stellt die Frage an die Projektgruppe 1, ob man sich bereits damit auseinandergesetzt habe, wie man in Zukunft mit möglicherweise niedrigeren Wachstumsraten umgehen wolle und wie sich solche auf die Sozialsysteme bzw. den allgemeinen Wohlstand auswirken könnten.

Daraufhin unterbricht die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) den SV Hexel kurz mit dem Hinweis, dass diese Fragestellung in einem späteren Themenblock der heutigen Sitzung erörtert werden solle.

SV Dietmar Hexel geht daraufhin stärker auf die Wachstumsfrage ein und stellt einleitend nochmals fest, dass man empirisch wisse, dass die industriellen Nationen seit dem 19. Jahrhundert in etwa über ein Wachstum von plus/minus 2 Prozent verfügten. Seit ungefähr 20 Jahren wisse man, dass das nicht so weitergehe. Er nimmt sodann Bezug auf Herrn Prof. Dr. Paqué und weist darauf hin, dass die Lehrbücher der Volkswirtschaft die Menschheit nicht vor den gegenwärtigen oder jüngsten Krisen geschützt hätten. All diese volkswirtschaftlichen Theorien würden nicht wirklich helfen. Empirisch stehe lediglich fest, dass man die Wachstumsraten der vorangegangenen Jahrzehnte nicht mehr haben werde. Man sehe dies ganz klar an dem Quotienten ‚Neuverschuldung zum Wirtschaftswachstum‘. Dieser sei beispielsweise in den USA von ca. 2 Prozent auf 4,5 Prozent angewachsen. Diese Erkenntnis stelle gewissermaßen ‚geronnenes Wissen‘ dar, die auch von niemandem mehr ernsthaft bestritten werde. Diese Erkenntnis sei zugegebenermaßen bedauerlich. Als ein in den Gewerkschaften beheimateter Mensch räume er dies offen ein. Auch er habe geglaubt, dass der größere Kuchen das richtige Konzept sei. Denn je größer der Kuchen, desto mehr bleibe zum verteilen. Wahr sei aber auch die Erkenntnis, dass man selbst in den Zeiten hohen Wachstums die Konkurrenz in der Gesellschaft nicht habe ausschalten können in dem Sinne, dass man zu mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Güter gekommen sei. Es sei zumindest nicht wirklich gelungen, diese anderen Werte besser in Einklang zu bringen. Man müsse leider eine zunehmende Ungleichheit im Einkommen konstatieren sowohl national, europaweit wie auch weltweit. Ebenso müsse man eine Ungleichheit bei den Bildungschancen konstatieren. Genauso sei ein hoher Ressourcenverbrauch wie auch eine zunehmend hohe Verschuldung festzustellen. Aus all diesen zieht er die Schlussfolgerung, dass der Glaubenssatz, Wachstum könne alles lösen, sich nicht bewahrheitet habe. Wenn man sich also auf die von ihm soeben beschriebene Erkenntnis einige, so müsse man sich doch mit der Frage auseinandersetzen, wie man mit niedrigeren Wachstumsraten in Zukunft umgehen wolle.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) berichtet aus den Diskussionen in der Projektgruppe 1. Zu Beginn sei es vor allem darum gegangen, ob die Begriffe Wachstum und Entwicklung als Synonym verwendet werden könnten oder ob sie einen unterschiedlichen Bedeutungsgehalt hätten. Sie persönlich glaube, dass die beiden Begriffe durchaus einen unterschiedlichen Bedeutungsgehalt innehätten. Dies sei gewissermaßen der Kern der Auseinandersetzung, um den es in der Projektgruppe 1 gehe. Nach ihrem

Dafürhalten halte sie es für die Aussagekraft der Enquete für zielführend, wenn man diese Bedeutungsunterscheidung vornehme. Hierfür wolle sie stark plädieren.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) richtet die Frage an SV Prof. Dr. Paqué, ob es einen heuristischen bzw. erkenntnisleitenden Mehrwert gebe, wenn man im Rahmen seiner (volkswirtschaftlichen bzw. ökonomischen) Zugewehsweise zwischen Wachstum und Entwicklung unterscheide. Zweitens fragt er, ob es in der Wirtschaftswissenschaft Ansätze gebe, in denen die Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung einen heuristischen Mehrwert gebäre. Er fragt drittens, falls dies nicht der Fall sein solle, ob es vielleicht in der Sozial- bzw. Gesellschaftswissenschaft Positionen bzw. Zugewehweisen gebe, in denen es einen heuristischen Mehrwert in der Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung gebe. Schlussendlich fragt er, ob Herr Prof. Dr. Paqué sich vorstellen könne - unabhängig von der akademischen Frage -, die daraus resultierenden Positionen zunächst einmal nur darzustellen, um deutlich zu machen, über welche mentale Landkarte in der Debatte man überhaupt rede. Denn unabhängig von den unterschiedlichen akademischen Zugewehweisen würden es sicherlich die unterschiedlichen politischen Prämissen nicht viel leichter machen, diese Frage zu stellen bzw. zu beantworten. Zusammengefasst also die Frage, ob es einen heuristischen Mehrwert gebe und ob es sinnvoll sei, diese Unterscheidung zunächst einmal nur darzustellen.

SV Michael Müller macht deutlich, es sei vollkommen richtig, in den Ausgangsbedingungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zu unterscheiden. Richtig sei sicherlich auch, den Begriff der Entwicklung zu qualifizieren. Er könne sich beispielsweise unter Lebensqualität nicht vorstellen, wenn die gesamte Welt nur noch aus einer Musikrichtung bestünde, welche dann noch entsprechend kommerzialisiert würde. Unter Entwicklung verstehe er auch Vielfalt, Eigenständigkeit und Souveränität. Zutreffend sei sicherlich auch, dass niemand in der Runde der Enquete jemals eine Nullwachstumstheorie vertreten habe. Im Gegenteil: Auch er beharre auf der Position, dass es für ein demokratisches System unabdingbar sei, dass es eine technisch ökonomische Dynamik von Veränderung gebe. Er nennt folgendes Beispiel: Selbst wenn man alle logisch denkbaren Verbesserungen an einem Fahrzeug vornehme, die heute möglich sind, so erreiche man dennoch keinen höheren Effizienzgrad als 20 Prozent. Diese Erkenntnis sei vor dem Hintergrund der Ressourcenknappheit nicht mehr länger haltbar. Insofern sei das Verständnis, was man entwickeln müsse, ein Innovationsregime. Und dies

sei etwas anderes als nur Innovation. Dies sei ein anderes Prinzip der wirtschaftlichen Entwicklung, als die man bis heute habe. Und dieses unterschiedliche Verständnis habe zu der Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung geführt. Man könne nicht die Augen vor dem Faktum verschließen, dass man mit dem heutigen System an soziale und ökonomische Grenzen stoße. Wer dies nicht anerkenne, trage Mitverantwortung an den daraus resultierenden Konsequenzen. Deswegen sei die Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung aus seiner Sicht unabkömmlich, gerade auch, weil der Begriff der Entwicklung mit qualitativen Inhalten, insbesondere mit sehr viel mehr an demokratischen Prinzipien, verbunden sei. Insofern sei die Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung, wenn man sie nicht rein ökonomisch verstehe, gewaltig.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué erwidert sodann auf die Fragen von Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU), dass jede Profession ihre ureigenen Berufskrankheiten habe. Hiervon sei insbesondere die Ökonomie nicht ausgenommen. Nur in einem Punkt hätten die Ökonomen eine gewisse Stringenz, und dies seien sicherlich die Definitionen. Der Wachstumsbegriff sei nicht nur in den Lehrbüchern relativ klar definiert. Demgegenüber müsse er gestehen, dass ihm der Begriff der Entwicklung auch nach der vorangegangenen Debatte nicht hinreichend klar geworden sei. Erst dann, wenn er diese Begrifflichkeit und die damit einhergehende Definition hinreichend klar vor Augen habe, könne er die Frage von Herrn Miegel bzw. auch die von Herrn Dr. Zimmer beantworten. Er wolle also erst einmal genau und klar wissen, was man unter Entwicklung verstehe. Beim Wachstumsbegriff sei das vollkommen anders. Dieser sei sehr klar definiert. Insofern sei er als Ökonom sehr konservativ, weil er nur dann neue Begrifflichkeiten verwenden wolle, wenn diese hinreichend klar definiert seien und durch die neue Begrifflichkeit ein Gewinn entstehe. Er geht sodann auf die Frage von Frau Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) ein. Diese habe gefragt, wie denn eine Gesellschaft zu umschreiben sei, die keine Innovationskraft mehr habe. Seine Antwort laute: In der Tat, eine solche Gesellschaft wachse nicht mehr. Sie stagniere bzw. sei eine stagnierende Gesellschaft. Denn letztlich sei das, was man in einem Wert - sei es dem Bruttoinlandsprodukt oder auch einem korrigierten Bruttoinlandsprodukt - messe, immer nur der Marktwert des neuen Wissens, welches in Produkten umgesetzt werde. Wenn einer Gesellschaft nichts mehr ein falle, so gebe es auch kein Wachstum mehr. Ob dieser Zustand wünschenswert sei oder nicht, sei eine ganz andere Frage. Wenn die Menschen beispielsweise für sich beschließen würden, dass sie sich am wohlsten fühlten, wenn ihnen

nichts einfalle, und dass sie dadurch ihren Nutzen maximierten, so habe er überhaupt nichts dagegen. Er glaube jedoch, dies sei nicht so. Die Menschen wollten innovativ sein und freuten sich über neue Produkte. Und bisher hätten sich auch die Konsumenten, also auch die Nachfrageseite, über diese Produkte gefreut. Beispielfhaft fragt er, wer heute bereit sei, sein Auto – mit Ausnahme von Oldtimern – gegen das Auto von vor 20 Jahren auszutauschen. Seine Antwort laute: Niemand, weil es auch ökologisch und in jeder anderen Hinsicht inferior sei. Damit gebe man aber zugleich zu, dass es in der Zwischenzeit eine positive Entwicklung gegeben habe und dass die Werte, die man dann im Bruttosozialprodukt messe, keineswegs nur statistische Illusionen seien, sondern dass sie bereits ein reales Wohlstandsgegenstück hätten. Zum Aspekt der Freizeit, der von Prof. Dr. Wagner angesprochen wurde, führt er aus: Wenn man Freizeit freiwillig wähle, so sei das vollkommen in Ordnung. Aber die Möglichkeit, Freizeit wählen zu können, das heiße frei und in Souveränität, dies treffe typischerweise auf Gesellschaften zu, die schon relativ wohlhabend seien, wo der Lebenskampf bzw. die Subsistenzwirtschaft nicht mehr alles dominiere und wo man sich dann auch freiwillig für die Freizeit entscheiden könne. Im Übrigen sei es so, dass dort, wo man die Freizeit konsumiere, beim Arbeitseinsatz immer noch ein Produktivitätsfortschritt zu verzeichnen sei. Es sei also so, dass der Freizeitkonsum gewissermaßen aus dem Wachstum ‚herauskomme‘. Er macht sodann eine kurze Seitenbemerkung zu den Ausführungen des SV Hexel: Auch die Mediziner hätten es trotz aller Lehrbücher noch nicht geschafft, die Menschheit vor Krankheiten oder gar dem Tod zu bewahren. Abschließend geht er auf die Anmerkungen von SV Müller ein. Der vermeintlich semantische Streit sei in Wirklichkeit gar keiner. Auf der einen Seite stehe die Ansicht, die sage, es gehe um ein Regime. Anders ausgedrückt: Es müsse sich ganz grundlegend etwas ändern. Da möge dann auch noch Wachstum herauskommen oder irgendetwas anderes, beispielsweise ‚Green Growth‘. Es heiße ja bezeichnenderweise nicht ‚Green Development‘, sondern ‚Green Growth‘. Dann habe man einen radikalen Wandel. Auf der anderen Seite stünden diejenigen, und zu diesen bekenne er sich, die die ganze Angelegenheit viel inkrementeller und evolutorisch betrachteten. Diese Seite glaube, dass eine Umlenkung einer Gesellschaft über den Markt oder den Staat viel gradueller erfolge. Von seinem Standpunkt aus würde er wirtschaftspolitisch davor warnen vor der Vorstellung, man müsse alles radikal umstellen. Er glaube, dass Gesellschaften anders funktionierten bzw. arbeiteten. Dies alles lasse sich nur in einem inkrementellen Prozess gestalten, den man sicherlich

an der einen oder anderen Sache stärken könne. Letztlich bleibe es aber evolutorisch.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt allen Diskutanten für ihre Wortbeiträge und versucht im Anschluss, die wesentlichen Aspekte noch einmal zusammenzufassen. Nach ihrer Wahrnehmung sei der Beitrag von Prof. Dr. Miegel auf weitgehend offene Ohren gestoßen. Prof. Dr. Paqué habe eingeräumt, dass Wirtschaftswachstum und Wachstum verschiedene Dinge sein könnten. Genauso wie auch Wirtschaftsentwicklung und Entwicklung verschiedene Aspekte beinhalten könnten. Sie führt die Debatte sodann zurück auf den Einsetzungsbeschluss. Dort sei unter dem ersten Spiegelstrich für den Arbeitsauftrag der Projektgruppe 1 festgehalten, die Projektgruppe solle untersuchen, welchen Stellenwert Wachstum für Wirtschaft und Gesellschaft habe. Deshalb stehe nach ihrer Auffassung fest, dass der Arbeitsauftrag über den reinen ökonomischen hinausgehe. Sie glaube, dass in der zukünftigen Debatte in der Projektgruppe 1 die unterschiedlichen Sprachansätze durchaus Gewicht haben sollten. Sie hält zusammenfassend vor allen Dingen fest, dass die heute geführte Debatte in der Gesamtkommission vor allen Dingen als Impuls für die weitere Arbeit der Projektgruppe 1 dienen solle.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) schlägt vor, dass man nun zum zweiten thematischen Schwerpunkt übergehen solle, der überschrieben sei mit dem Titel: „Ist Wachstum endogen oder exogen?“. Sie hält sodann fest, dass wohl niemand innerhalb der Enquete-Kommission ernsthaft die Ansicht vertreten würde, dass Wachstum rein exogen sei. Die Frage sei daher wohl besser formuliert: „Wie viel Wachstum können Politik und Gesellschaft herbeiführen?“.

Sie erteilt sodann das Wort an SV Prof. Dr. Carstensen, der zu diesem Themenkomplex ein kurzes Eingangsstatement abgeben soll.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen stimmt der Vorsitzenden darin zu, dass wohl niemand davon ausgehe, dass Wachstum vollkommen exogen sei. Dies hoffe er zumindest. Dass dieser Themenschwerpunkt so stark in der Diskussion sei und nun ins Plenum hineingetragen worden sei, liege nach seiner Einschätzung daran, dass im Einsetzungsbeschluss der Prüfauftrag festgelegt sei, man solle untersuchen, was passieren werde, wenn die Wachstumsraten in Zukunft gering ausfallen würden. Er habe ein gewisses Problem damit, als Setzung anzunehmen, Wachstum sei „gering“. Wirtschaftswachstum sei eine endogene Angelegenheit. Wirtschaftswachstum resultiere daraus, dass die

verschiedenen Akteure Probleme beispielsweise durch Innovation lösen. Dies sei das Wesen von Wachstum. Nun gebe es auch Rahmenbedingungen, die dieses Wachstum begrenzen. In diesem Zusammenhang seien insbesondere die ökologischen Rahmenbedingungen zu nennen, beispielsweise die Ressourcenverfügbarkeit und die Umweltverschmutzung. Dies alles begrenze möglicherweise gewisse Formen von Wachstum. Dies könne man sich plastisch vorstellen wie einen Hefekuchen, den man auf ein Blech setze. In diesem Falle sei in bestimmte Richtungen einfach kein Wachstum möglich bzw. auch nicht mehr erlaubt. Um dieses Thema gehe es letztlich wohl auch in dieser Enquete, nämlich um die Rahmensetzung. Auch habe man am heutigen Tage in der Projektgruppe 1 die Gliederung geringfügig modifiziert. Man wolle nun auch diskutieren, was aus gewissen Problemen, beispielsweise der demografischen Entwicklung oder auch ökologischer Probleme, für das Wachstum bedeute und was daraus resultiere. So ähnlich, wie Herr Wagner es bereits festgestellt habe, stehe fest, dass Wachstum endogen entstehe. Gleichwohl müsse die Politik den Rahmen setzen, in dem dieser Prozess entstehen könne. Wenn es dann tatsächlich dazu käme, dass die Wachstumsraten geringer seien als früher, und wenn vorher die Gesellschaft übereingekommen sei, dies hinzunehmen, so sei dies in Ordnung. Ausgangspunkt müssten gleichwohl die exogenen Trends sein und nicht das Wachstum als solches.

SV Prof. Dr. Gert Wagner schließt sich den Ausführungen von Prof. Dr. Carstensen vollumfänglich an. Er habe eigentlich nichts hinzuzufügen. Wenn das, was Herr Prof. Dr. Carstensen soeben referiert habe, der Konsens in der Projektgruppe 1 sei, so sehe er keine Konfliktpunkte, zumindest soweit er für sich selbst sprechen könne.

SV PD Dr. Norbert Reuter glaubt, dass die Kernfrage, um die es in der Projektgruppe 1 gehe, dahingehend laute, wie die Wachstumsaussichten für die Zukunft sein würden. Niemand leugne es, dass Wachstum natürlich endogen sei. Eventuell gebe es selbstverständlich exogene Grenzen. Seine Ansicht laute, Wachstum sei zwar endogen, aber gleichwohl nicht beliebig. Man könne also nicht davon ausgehen, irgendwelche Hebel zu haben, an denen man nur drehen müsse, um einen gewissen Trend herbeizuführen. Dies sei gewissermaßen eine Grundfrage der Projektgruppe 1. Seine Ansicht dazu sei, dass man sich in Zukunft auf niedrigere bzw. geringere Wachstumsraten einstellen müsse. Hieraus müsse man dann die Konsequenzen ziehen. Es sei jedoch ein Fehler, so zu tun, hierüber nicht disku-

tieren zu müssen. Man müsse nur die richtige Politik machen, um die entsprechenden Wachstumsraten zu erreichen.

Die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe (SPD), ruft sodann nochmal das gemeinsame Papier SV Enderlein, SV Miegel, SV Paqué und SV Dr Reuter zum BIP-Wachstum in Erinnerung¹. Es habe einen Konsens dahingehend gegeben, dass man in Zukunft mit relativ niedrigen Wachstumsraten rechnen müsse. Bei Einberechnung der Demographie müsse man sogar mit einem „Null-Wachstum“ rechnen. Sie fragt, ob diese Feststellungen wieder in Frage gestellt werden würden.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué stellt, um Fehlinterpretationen über das Papier zu vermeiden, klar, dass Prof. Dr. Henrik Enderlein in einem Szenario das Wachstum der Deutschen Volkswirtschaft extrapoliert habe, wobei sich die Wachstumsraten bis 2030 bzw. 2040 reduziert hätten. Dies habe vor allem an der Bevölkerungsentwicklung gelegen. Dies gelte als unstrittig, zumal sich die Demografie sehr gut prognostizieren lasse. Hinsichtlich der Produktivität in dieser Volkswirtschaft, also dem Output pro Arbeitskraft, habe er in dieser Rechnung angenommen, dass dieser bei 1,6 Prozent liege. Diese auf einer Annahme beruhende Konstante sei kein empirischer Beleg dafür, sondern spiegle lediglich eine historische Beobachtung der Produktivitätswirkung des technischen Fortschritts in hochentwickelten Industriegesellschaften über die Zeit wieder. Das Modell beinhalte demnach keineswegs ein Nullwachstum, sondern eine als konstant angenommene Wachstumsrate für die Wirkung des Wissens auf dem Markt. Empirisches Wissen bestehe hingegen nicht. Auf den Beitrag von Dr. Reuter hin bemerkt er, dass niemand beliebig Wachstumsraten wähle. Man könne vielmehr aus der geschichtlichen Entwicklung einen Trend prognostizieren und inkrementell überlegen, ob man durch eine vernünftige Innovationspolitik, durch eine gute Bildungspolitik oder andere Maßnahmen die Geschwindigkeit des Wissenszuwachses erhöhen oder eine wirtschaftspolitische Lenkung aufgrund der ökologischen Herausforderungen durchführen könne. Es gehe nicht um den Gedanken, den Wert von 1,6 Prozent auf 4,5 Prozent zu erhöhen. Dies hätten die Befürworter einer Wachstumspolitik nie behauptet. Es gehe zudem nicht um konjunkturelle Aspekte, beispielsweise dass man mehr Autos verkaufe, damit die Kapazität voll ausgelastet werde, sondern man spreche über langfristige Prozesse des wirtschaftlichen Wachstums.

¹ Vgl. Kommissionsdrucksache17(16)24

SV Prof. Dr. Kai Carstensen fügt an, man müsse zwischen Wachstum pro Kopf und dem Gesamtwachstum einer Bevölkerung unterscheiden. Wenn die Bevölkerung und damit die Anzahl der Arbeitenden schrumpfen würden, verändere sich das Aggregat. Dies sei Arithmetik und der Rest sei reine Annahme. Es müsse seiner Ansicht nach darum gehen, die Folgen des demografischen Wandels abzugreifen und über die Bedeutung für den Einzelnen und insbesondere für die Verteilung von Arbeitenden und Nicht-Arbeitenden nachzudenken. Hinsichtlich der Wachstumswirkung pro Kopf wolle man möglicherweise bestimmte Formen des Wirtschaftens nicht mehr weiterführen. Dies stelle seiner Meinung nach einen der wichtigsten Bereiche dar, da er Aspekte wie Ökologie oder Finanzmarktregelung beinhalte. Dies stelle den Einfluss auf die Wachstumsrate pro Kopf dar, um die es sich hier handele. Fraglich sei schließlich, wie viel Wohlstand dem Einzelnen bleibe bzw. die Frage der Wohlstandsvermehrung.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) merkt an, man habe zwar zuvor die beiden Thesen vom exogenen und endogenen Wachstum in den Mittelpunkt gestellt, diese stellten jedoch nicht Hauptkonflikte in der Debatte der Projektgruppe 1 dar. Man sei sich darüber einig, dass es kein rein exogenes Wachstum gebe. Vielmehr stünden staatliche Rahmenbedingungen und wirtschaftliches Wachstum in einer Wechselbeziehung. Somit beeinflussten sich beide gegenseitig. Die zu bearbeitende Kernfrage der Projektgruppe 1 sei, mit welchen Annahmen man hinsichtlich des demografischen Wandels rechnen und wie man darauf reagieren könne, wobei Aspekte wie Arbeitszeit, Verteilung des Arbeitsvolumens, der Faktor Bildung, aber auch die Frage des qualitativen Wachstums, also inwieweit auch durch regulatorische Intervention sozial- und umweltverträgliche Elemente beim Wachstum des BIP eine Rolle spielen würden. Diese Punkte spielten ihrer Meinung nach vor allem in den nächsten Wochen eine Rolle. Insofern hätten diese Punkte keine so große Differenzierung innerhalb der Projektgruppe 1 mit sich gebracht wie die Punkte Entwicklung oder Wachstum. Dennoch sei vonnöten, dass man sich über dieses Thema genauer austauschen sollte und zu konkreteren Beschreibungen kommen müsse, als das bisher der Fall gewesen sei. In diesem Zusammenhang sehe sie für die Zukunft eine produktive und konstruktive Wirkung der Debatte.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel will die Frage, ob Wachstum exogen oder endogen sei, nicht abschließend beantworten. Man müsse vielmehr auch die Frage aufwerfen, wie viel Wachstum man anstreben dürfe. Dies sei keine sich selbst beantwortende oder erklärende Frage. Beim Blick auf die Geschichte

komme man sehr schnell auf Ludwig Erhard zurück, der 1957 in einer bemerkenswerten Klarheit formuliert habe, dass Wachstum kein politisches Ziel und auch kein gesellschaftliches Ziel sein dürfe. Erhard habe sich auch dagegen gesträubt, das magische Dreieck zu einem magischen Viereck zu erweitern, da seiner Meinung nach Wachstum kein Bestandteil sein dürfe. Wachstum finde statt oder auch nicht. Der Staat solle sich dabei jedoch nicht einmischen. Er ruft in Erinnerung, dass es am 9. November 2009 in der ersten Regierungserklärung dieser Legislaturperiode geheißen habe, dass es in dieser Dekade gelingen müsse, eine Art des Wirtschaftens zu finden, die nicht die Grundlagen ihres eigenen Erfolges zerstöre. Die Bundesregierung habe somit mitgeteilt, dass die derzeitige Art des Wirtschaftens die Grundlagen ihres eigenen Erfolges zerstöre. Anders formuliert habe man eine Art des Wirtschaftens, die die Lebensgrundlage der Menschen zerstöre. Wenn dies zutreffe, müsse man prüfen, ob man die Emanation dieses Wirtschaftens, also das Wachstum, mit allen möglichen Instrumenten fördern oder in der Weise argumentieren solle: So viel Wachstum wie nötig, so wenig Wachstum wie möglich. Dies sei folgerichtig die Konsequenz aus dieser Einsicht. Bei der Diskussion dieser Fragen müsste man auch folgende Fragen beachtet werden: Wolle man gegen exogene Wände laufen, wie sie bereits beschrieben wurden? Oder wolle man diese „Wände“ dagegen bereits gedanklich antizipieren und stattdessen sagen, man wolle nur so viel Wachstum, dass man nicht in diese exogenen Verwerfungen gelange?

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué kritisiert daraufhin Prof. Dr. Miegels Interpretation der Thesen von Ludwig Erhard. Letzterer habe unter Maßgabe des Wirtschaftswunders mit guter Intuition auf die Forderungen, die in der Gesellschaft laut geworden seien, reagiert. Er habe dafür plädiert, dass man nicht mit allen Mitteln, insbesondere inflationären Mitteln, noch ein viertes Ziel definiere, das den Rahmen des Machbaren sprengt. Erhards zentraler Gedanke habe demnach im „Maßhalten“ gelegen. Dies habe jedoch zum damaligen Zeitpunkt mit ökologischen oder sonstigen Grenzen des Wachstums nichts zu tun gehabt. Die Forderung nach „so viel Wachstum wie nötig, so wenig Wachstum wie möglich“ stehe jedoch wiederum im Gegensatz zu den Erkenntnissen Ludwig Erhards, dass Wachstum nicht von jemandem bestimmt werde, sondern das Ergebnis der Interaktion von Millionen von Menschen, die eine gewisse Innovationskraft entwickelten und Produkte auf dem Markt absetzten, darstelle. Die Forderung nach möglichst geringem Wachstum bilde hingegen ein Wachstumsziel. Wachstum dürfe jedoch kein Ziel sein. Wohlstand oder das Leben in einer

vernünftigen Umwelt könnten jedoch Ziele darstellen. Wachstum sei hingegen immer Instrument, um diese Ziele zu erreichen.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel freut sich über den Konsens hinsichtlich der Feststellung, dass Wachstum kein Ziel sein könne. Zudem müsse man sich mit dem Gedanken vertraut machen, ob es nicht besser sei, wenn die jenseits des Wachstums definierten Ziele mit möglichst wenig Substanz erreicht würden, die die Emanation eines die Lebensgrundlage zerstörenden Wirtschaftens sei. Die bestehenden Ziele sollten nicht über möglichst viel Wachstum erreicht werden, sondern über möglichst wenig Wachstum.

Abg. Judith Skudelny (FDP) merkt an, dass beispielsweise die Umweltsituation Deutschlands seit den 1970er Jahren verbessert worden sei, die Probleme hingegen im internationalen Bereich liegen würden. Die Probleme bestünden vor allem in solchen Staaten, in denen ein Bevölkerungswachstum zu konstatieren sei. Die Weltbevölkerung habe sich in der Zeit vom Beginn des 19. Jahrhundert bis zu den Zwanzigerjahren des 20. Jahrhundert von einer auf zwei Milliarden Menschen verdoppelt. Im Gegensatz zur nationalen Wahrnehmung werde die Weltbevölkerung immer jünger und größer. Dies stelle auch ein Thema der Projektgruppe 1 dar. Ohne Wachstum könne man schließlich keine Vorreiterrolle mehr wahrnehmen. Man benötige viel mehr Fortschritt und effiziente Geräte, für deren Anwendung Wachstum vonnöten sei. Das eigentliche Problem stelle der sog. Rebound-Effekt dar. So könne man zwar effizientere Geräte in einem Land wie Deutschland problemlos anwenden. Bei einer weltweiten Verbreitung führe dies jedoch zu einer steigenden Umweltbelastung. Dazu liege der Projektgruppe 3 ein entsprechendes Gutachten vor. Dieser internationale Rahmen müsse auch diskutiert werden.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) kündigt an, dass sie nach Aufruf der verbleibenden Wortmeldungen diese Thematik aus Zeitgründen abschließen wolle.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen betont, dass Wachstumsgrenzen sinnlos seien, da Wachstum keinerlei Lebensgrundlagen zerstöre. Begrenzen müsse man vielmehr den Teil des Wirtschaftens, der die Lebensgrundlagen gefährde. Es mache keinen Sinn, Wachstum oder Wirtschaften per se zu beschränken oder zu verbieten. Man müsse hoffen, dass die innovativen Aktivitäten bei der Problemlösung helfen. Somit seien Wachstumsziele und Grenzen vollkommen verfehlt. Man benötige vielmehr Ziele und Grenzen hinsichtlich der Umweltverschmutzung.

SV PD Dr. Norbert Reuter zweifelt am Ergebnis der Diskussion. Wenn Wachstum kein Ziel darstelle, müsse man doch über die Ziele sprechen. Die Diskussion drehe sich jedoch fortwährend um das Wachstum. Seiner Meinung nach führe Prof. Dr. Paqués Beharren auf dem qualitativen Wachstum dazu, dass man ein solches Wachstum als sinnvoll erachte. Dieser Widerspruch sei ihm nicht ganz klar. Er verweist dabei auf Prof. Dr. Jänicke, der den Umweg über das Wachstum vermeiden und direkt die Ziele angehen wolle. Demnach müsse man über die Ziele reden. Dies passiere bisher leider nicht. Wer ‚A‘ sage, müsse aber auch ‚B‘ sagen.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beruft sich ironisch auf den Schriftsteller Douglas Adams. Dieser habe in seinem Buch „Per Anhalter durch die Galaxis“ die These aufgestellt, dass es in jeder Großzivilisation drei deutlich unterscheidbare Phasen gebe. Diese seien die Wie-Phase, die Warum-Phase und die Wo-Phase. Derzeit befinde man sich in der Wo-Phase. Paraphrasiert betrachte man jedoch in die Wie-Phase gelangen. Seiner Meinung nach sei die erfolgte Diskussion außerordentlich wertvoll. Sie zeige, dass man durch die Thematik der Projektgruppe 1 zum Kern vordringe. Wenn man den Fehler mache, das Wachstum als Fetisch zu behandeln, dürfe man gleichzeitig nicht den Fehler machen, diesen Fetisch ernst zu nehmen und in eine Anti-Wachstumsrhetorik zu verfallen. Auf dieses Spiel dürfe man sich nicht einlassen. Wesentlicher sei, die eigentlichen politischen Ziele zu definieren. Somit müsse man zuerst die Ziele im sozialen und ökologischen Bereich sowie hinsichtlich Demokratie und Freiheit benennen. Unabhängig davon stelle sich erst danach die Frage, ob die genannten Ziele zu einem Anwachsen oder etwa einem Sinken des Wirtschaftswachstums, ausgedrückt im Bruttoinlandsprodukt, führten. Daher bestehe Konsens darüber, dass Wachstum kein Ziel sein kann, sondern höchstens ein Nebeneffekt. Dies stelle eine gute Grundlage dar, um in der Kommission zu einem Ergebnis zu kommen.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué führt an, dass Wachstum ein Mittel sei und somit mehr als nur ein bloßer Nebeneffekt. Es ermögliche, mehr materielle Möglichkeiten zu haben und ein Zielbündel in der Gesellschaft zu erreichen, das natürlich in einem gewissen Konflikt zueinander stehe. In diesem Punkt weiche er von den Ansichten von Prof. Dr. Miegel ab. Seiner Meinung nach könne man mit dem erwirtschafteten Wohlstand unterschiedliche Ziele erreichen. Sozialphilosophisch sei dabei umstritten, ob diese Ziele z. B. aufgrund von Gefahr im Verzug im ökologischen Sektor politisch vorgegeben werden sollten oder diese ein Stück weit den individuellen Präferenzen

überlassen werden könnten. Sonst gerate man in die Gefahr, zu stark zentral zu lenken. Diese Fragen seien diskutierbar und spiegeln die verschiedenen politischen Richtungen wider. Ihm sei dabei jedoch wichtig, das Wachstum nicht zu verteufeln. Mehr Mittel zu besitzen, um unterschiedliche Ziele in der Gesellschaft verwirklichen zu können, könne nicht schlecht sein. So hätten beispielsweise die Niederlande und Bangladesch in 50 bis 60 Jahren mit dem Anstieg des Meeresspiegels zu kämpfen. Klar sei dabei, dass die Niederlande mit dieser Situation besser umgehen könnten als Bangladesch. Es könne daher nur gut sein, wenn Bangladesch auf den technologischen Stand der Niederlande gelange. Insofern sei gegen Wachstum oder Entwicklung nichts einzuwenden.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) wirft die Frage ein, ob für Prof. Dr. Paqué das Wachstum ein Mittel oder das maßgebliche Mittel darstelle.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué entgegnet, ein höheres Wachstum sei ‚ceteris paribus‘, also unter sonst gleichen Umständen, besser. Diesbezüglich sei der Einwand von Prof. Dr. Miegel zu erwarten, dass beim Erwirtschaften höherer Wertschöpfung an anderer Stelle zerstörend gewirkt werden müsse. Dies sei grundsätzlich nicht zu bestreiten. Über den diesbezüglich optimalen Punkt könne man sich politisch streiten. In dieser Diskussion sei man jedoch weiter, nämlich über eine ‚Verteufelung‘ des Wachstums hinaus, hin zu einem Mittel zum Zweck bzw. einem ‚Trade off‘, über das politisch gestritten werden könne.

Abg. Sabine Leidig (DIE LINKE.) geht davon aus, dass über gewisse gesellschaftliche Ziele Konsens herrsche, etwa die Grundversorgung mit Lebensmitteln des täglichen Bedarfs oder mit medizinischer Hilfe. Bei Betrachtung der globalen Dimension werde klar, wieso die von Prof. Dr. Paqué beschriebene und generell dieser Diskussion zugrundeliegende Form des Wachstums nicht hilfreich sei. Dieser Wachstumsbegriff beschreibe kapitalistisches Wachstum, also die Produktion und den Verkauf von Waren. Dieses Wachstum setze die Kaufkraft von Menschen voraus. Das Problem weltweit bestehe nicht in der Versorgung beispielsweise mit Medikamenten oder Trinkwasser, sondern in der Mittellosigkeit der Menschen. Dies werde in Zukunft beispielsweise auch für energieeffiziente Kühlschränke oder Solaranlagen gelten. Somit müsse die Art des Wachstums nochmals diskutiert werden. Sie verweist auf die Aussage von Prof. Dr. Brand, nach der es viele gesellschaftliche Bereiche gebe, die die Menschen als notwendig für die

Verbesserung ihres Lebens empfinden, die überhaupt nicht über kapitalistische Marktmechanismen organisiert würden.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) lobt die Einigkeit darüber, dass Wachstum nicht das Ziel sei, sondern ein Mittel. Keine Einigkeit bestehe hingegen über die Ziele. Bei der Diskussion über das Wachstum als Mittel sei die Frage wesentlich, über welches Wachstum man spreche und welches Wachstum man erreichen wolle. Dies müsse auch in der Projektgruppe 1 aufgegriffen werden. So sei beispielsweise fraglich, ob das Ziel einer ausreichenden Versorgung der Weltbevölkerung mit Lebensmitteln, insbesondere Proteinen, erreichbar sei, ohne enorme Mengen an Methan auszustoßen, wie es bisher der Fall sei. Fraglich sei somit eine andere Art der Fleischproduktion bzw. eine andere Ernährungsweise. Diese konkreten Fragen müssten zumindest aufgeworfen werden. Der Aufbau eines Gegensatzes zwischen Innovation und Wachstum sei ihrer Meinung nach falsch. Natürlich stelle sich die Frage, ob man beispielsweise Mobilität dadurch sichere, indem man Autos in der gleichen Weise produziere wie vor zehn oder 15 Jahren, also mit einem sehr hohen Rohstoff- und Energieverbrauch und ohne eine hohe Recyclingrate, während Möglichkeiten zur Energieeinsparung bestünden, diese jedoch nicht genutzt würden. Dabei sei die ‚Wie-Frage‘ die Entscheidende. So sei die Aufgabe zuallererst die Sicherstellung der Mobilität und erst danach die Frage nach der Vorgehensweise. Diese Frage könne jedoch nicht beantwortet werden, indem man sich lediglich auf den Konsens verlasse, dass Wachstum kein Ziel sei, da auch der Weg, auf dem das Ziel erreicht werden solle, wichtig sei.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) fasst die Diskussionsbeiträge zusammen. Der Abg. Dr. Ott habe optimistisch ausgesagt, dass man zum Kern vordringe. Sie habe dagegen eher das Gefühl, dass man um den Kern herum kreise. Sie habe den Eindruck, dass möglicherweise an manchen Stellen die gesellschaftliche Debatte schon weiter sei als der Stand dieser Diskussion. Dennoch sei die Debatte sehr wichtig. Der Konsens laute schließlich, dass Wirtschaftswachstum kein Ziel sei, sondern ein Mittel. Zur Herstellung von Klarheit und Transparenz sei es daher Aufgabe der Projektgruppe 1, Ziele des politischen Handelns zu definieren. Wenn dieses Ziel im Wohlstand für alle liege, verweist sie auf die Projektgruppe 2, in der diskutiert werde, was Wohlstand bedeute, und dass Wohlstand weit mehr sei als materieller Wohlstand. Dies geschehe auch deswegen, um Zielkonflikte transparent zu machen. Möglicherweise habe Wirtschaftswachstum ähnlich wie die Ökologie oder der soziale Zusammenhalt einen Preis. Momentan sei ersichtlich,

dass reines Wirtschaftswachstum auf Kosten der Demokratie gehe. Demnach sei es auch Aufgabe der Projektgruppe 1, diese Abwägung zu treffen. Somit gebe es noch ein großes Bündel an Aufträgen für die Projektgruppe 1, jedoch sei die aktuelle Debatte auf einem guten Weg. Die Vorsitzende leitet sodann eine kurze Pause ein.

Beginn: 15:05 Uhr nach der Pause

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) eröffnet den zweiten Teil der Sitzung mit dem Punkt 3 aus Kommissionsdrucksache 17(26)62, insbesondere der Frage, inwieweit sich geringe Wachstumsraten auswirken würden. Die Frage könne ihrer Meinung nach auch lauten, mit welcher Intensität sich die Projektgruppe 1 mit dem Szenario der geringen Wachstumsraten beschäftigen solle.

SV PD Dr. Norbert Reuter betont die Wichtigkeit dieser Thematik und verweist in diesem Zusammenhang auf den Einsetzungsbeschluss für die Projektgruppe 1. Die Aufgabe bestehe darin, die Frage zu untersuchen, ob oder gegebenenfalls wie das deutsche Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell die ökologischen, sozialen, demografischen und fiskalischen Herausforderungen auch mit geringen Wachstumsraten bewältigen könne bzw. welche Wachstumszwänge dem entgegenstünden. Dieses Thema habe leider in der Projektgruppe 1 noch keinen Niederschlag gefunden. Die Wichtigkeit dieser Thematik wolle er jedoch mit Hilfe von vier Punkten deutlich machen. Erstens sei hinsichtlich der Staatsverschuldung von existentieller Bedeutung, ob man von der Möglichkeit ausgehe, in Zukunft wieder höhere Wachstumsraten zu erzielen. Dies führe zu hohen Steuereinnahmen, mit denen die Problematik der Staatsverschuldung angegangen werden könne. Ein anderes Szenario rechne hingegen mit weiter sinkenden Wachstumsraten, wodurch andere Mechanismen vonnöten seien, die Staatsverschuldung zu bewältigen. Dabei rückten insbesondere Verteilungsfragen viel stärker in den Vordergrund, beispielsweise die Frage, inwieweit man vorhandene finanzielle Ressourcen eines Landes nutzen könne, um die Staatsverschuldung abzubauen. Diesbezüglich sei zu prüfen, was eine Einkommensgewinn- bzw. Vermögensteuer zukünftig bewirken könne, wenn nicht mit aus hohem Wachstum resultierenden, stärker sprudelnden Steuereinnahmen gerechnet werden könne. Zweitens habe ein höheres Wachstum auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungssituation werde sich durchaus

verbessern. Auf diesem Wege könne die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Bei schwachem Wachstum benötige man jedoch andere Mechanismen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Situation des Arbeitsmarktes zu verbessern. Dabei müsse man an individuelle und kollektive Arbeitszeitverkürzungen, an die Qualität der Arbeit, über die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials und der Arbeitsproduktivität und möglicher Beeinflussungen sowie über die Frage, wie die Einkommensverteilung bzw. -entwicklung ein stärkeres Gewicht erhalten solle, nachdenken. Folglich stellten sich, wenn man nicht von höheren Wachstumsraten ausgehe, grundsätzlich andere Fragen. Drittens habe sich das schwache Wachstum in der Vergangenheit derart ausgewirkt, dass zwar die Gewinne und Vermögenseinkommen sehr stark gestiegen, die Arbeitseinkommen jedoch unter dem Regime niedriger Wachstumsraten stagniert seien. Es habe demnach eine zusätzliche Umverteilung hinsichtlich der Einkommen stattgefunden. Das niedrige Wachstum habe sich zu Lasten der Einkommensgruppe der Beschäftigten ausgewirkt. Viertens hätte hinsichtlich der Sozialversicherungen die Annahme eines zukünftigen hohen Wachstums mit Blick auf die Gesundheitsvorsorge positive Einkommenseffekte zur Folge. Eine gegenteilige Annahme führe zur Problematik der besseren Finanzierung, etwa einer Bürgerversicherung.

Zusammenfassend hege er keine Wachstumsfeindlichkeit, sondern lediglich eine Wachstumsskepsis hinsichtlich der Frage, was zukünftig an Wachstum möglich sei. Somit sei der Auftrag des Einsetzungsbeschlusses ernst zu nehmen. Ferner sei die Frage der Handlungsmöglichkeiten bei einem zukünftig geringeren Wachstum zu überdenken.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué vertritt diesbezüglich die Position, dass in der Tat damit zu rechnen sei, dass die Finanzierung des Sozialstaates auf dem bestehenden Niveau bei niedrigerem Wachstum schwieriger werden würde. Insofern habe Wachstum einen sehr positiven Einfluss auf die soziale Sicherheit und den Sozialstandard unserer Gesellschaft. Ferner solle man sich nicht scheuen, im Rahmen der Restriktionen ein vernünftiges Wachstum anzustreben. Wenn man ein System in die Lage versetzen wolle, auch mit niedrigerem Wachstum relativ gleitend umzugehen, sei eine Indexierung notwendig. Demgemäß seien bei Schrumpfungsprozessen beispielsweise die Renten entsprechend zu kürzen, um steigende Beiträge zu verhindern. Dies sei sozialpolitisch nicht leicht zu bewältigen. Der Gesundheitsbereich berge angesichts des technischen Fortschritts besondere Schwierigkeiten, da dieser sich z. B. bei Behandlungsmethoden international gestalte. Wenn ein Land

wie Deutschland schwächer wachse als der Rest der industrialisierten Welt, setze sich der medizinische Fortschritt mit Innovationen fort. Letztere führten auch zu teureren Angeboten. Es sei problematisch, diesen Standard, den man den Menschen kaum vorenthalten könne, zu halten. Dadurch werde die medizinische Versorgung einen höheren Anteil des Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Seiner Meinung nach sei der Zusammenhang zwischen Wachstum und Sozialstaat eindeutig. Ferner zeige die Beschäftigungsentwicklung, dass das schwache Wachstum in Deutschland die Einkommensentwicklung stark beeinflusst habe.

Die von Dr. Reuter vorgeschlagenen Maßnahmen hinsichtlich einer Bürgerversicherung oder einer Erweiterung der Basis würden in einem Einmaleffekt dabei helfen, die Lasten auf breitere Schultern zu verteilen. Dabei gebe es jedoch auch in der Beamtenschaft, z. B. unter Polizisten, sehr niedrige Einkommen. Dies stelle seiner Ansicht nach keine systematische Lösung dar, um Wachstum und die Finanzierung des Sozialstaates ins Lot zu bringen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) fragt, ob Prof. Dr. Paqué es für sinnvoll halte, sich mit den genannten Schwierigkeiten auseinanderzusetzen und wie man politisch mit niedrigen Wachstumsraten umgehe. Sie greift dabei Prof. Dr. Miegels Beispiel eines Regenschirmes auf, den man auch dann zur Sicherheit mitnehme, wenn es nicht unbedingt regnen werde.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué entgegnet, die Diskussionen der Projektgruppe 1 gingen über diesen Punkt hinaus. Dabei gehe es um Endogenität und Exogenität des Wachstums und insbesondere um die Frage, ob man von der Prämisse ausgehen solle, dass zukünftig kein Wachstum mehr stattfinde. Im Rahmen dessen solle man seiner Ansicht nach dagegen argumentieren. Nichtsdestotrotz solle man sich vorstellen, wie man in Situationen ohne Wachstum Sozialsysteme anpassen könne. Dies laufe ökonomisch darauf hinaus, dass Leistungen an das schrumpfende Sozialsystem indexiert werden müssten. Dabei müsse man in Kauf nehmen, dass es nicht nur keine Rentenerhöhungen mehr gebe, sondern sogar Rentensenkungen unter Maßgabe der demografischen Entwicklungen vorkommen könnten. Andernfalls müsste man die Beitragssätze deutlich erhöhen. Eine solche Anpassung sei durch eine arithmetische Anpassung des Systems nicht sonderlich kompliziert. Dies empfinde er jedoch nicht als sehr ergiebig. Wichtiger sei dagegen die Sozialversorgung, in der die zunehmende Leistungsrevolution nicht aufgehalten werden könne. Diese könne sich ein Staat ohne Wachstum im Gegensatz zu anderen Staaten nicht mehr leisten. Dies sei zwar nicht erstre-

benswert, die Vorstellung, wie sich ein Sozialsystem darauf einstellen könne, sei jedoch nicht sonderlich kompliziert. Letzteres erfolge durch steigende Gebühren und gekürzte Leistungen.

Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bekräftigt, dass es absolut notwendig sei, dass sich die Enquete-Kommission mit der Frage auseinandersetze, was bei niedrigen Wachstumsraten geschehe. Sie verweist auf Prof. Dr. Paqués These, dass geringeres Wachstum sich auf Beiträge und Leistungen auswirke. Dies sei jedoch mit der Verteilungsfrage und der Vermögensakkumulation zu ergänzen. Als Reaktion auf die niedrigen Wachstumsraten durch die Wirtschaftskrise habe man ferner in allen Ländern sehr teure Konjunkturpakete verabschiedet. Diese habe in wenigen Fällen geholfen, jedoch die Verschuldungsrate auf einen Wert von über 80 Prozent angehoben. Dabei seien aber elementare Probleme weder angegangen noch gelöst worden. So sei es z. B. interessant, einen Zusammenhang zwischen der jeweiligen Wirtschaftsweise und den ökologischen Folgewirkungen zu schaffen. Zudem könne man danach fragen, ob die vorhandenen Konjunkturpakete mit einem Umbau der Produktionsweise bzw. einem Umbau der Wirtschaft verbunden werden könnten. Es sei eine falsche Antwort, sich mit finanziellen Hilfsleistungen vor niedrigen Wachstumsraten zu retten. Somit müssten sowohl die Verteilungsfrage als auch die Kritik an den finanziellen Hilfsleistungen bei niedrigen Wachstumsraten in die Diskussion mit einfließen.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezeichnet sodann die Thematiken, mit denen sich die Projektgruppe 1 auseinandersetzen müsse, als Knackpunkte der gesamten Enquete-Kommission. Angesichts der Notwendigkeit von Ergebnissen hoffe er, im Zuge der Enquete-Sitzungen zweckdienliche Hinweise geben zu können. Sowohl die Projektgruppe 3 als auch die gesamte Enquete-Kommission seien auf die Ergebnisse der Projektgruppe 1 angewiesen. Dabei folge er dem Vorschlag von Abg. Dr. Zimmer, bei dauerhaft mangelndem Konsens zur Vermeidung von Mehrheits- und Minderheitenvoten im Sinne wissenschaftlicher Tradition die unterschiedlichen Standpunkte nebeneinanderzusetzen. Dies sei der Information aller Enquete-Mitglieder dienlich. Möglicherweise könne dies aber auch zu einer besseren Verständigung der Mitglieder untereinander führen. Bisher stelle man bestimmte Fragen nicht, weil nicht sein könne, was nicht sein dürfe.

Entgegen der Ansicht von Prof. Dr. Paqué komme man nicht umhin, sich mit niedrigen Wachstumsraten zu beschäftigen. Ferner sei durch eine solche Argumentation die Fixierung auf Wachstum in der Gesellschaft verursacht worden. Daher solle die Projektgruppe 1 einige der Fragestellungen lösen oder zumindest Anhaltspunkte geben.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel warnt davor, aus dem Blick zu verlieren, dass sich Deutschland sowohl historisch als auch international auf einem singulär hohen Punkt des Wohlstands befinde. Er habe den Eindruck, dass man aus einer Position der Schwäche und der Kargheit argumentieren würde. Den derzeitigen Punkt habe die Menschheit noch nie in ihrer Geschichte erreicht. Dies müsse man im Hintergrund mit bedenken. Es sei nicht sehr realistisch, zu sagen, dass diese singuläre Position beliebig ausgedehnt werden könne. Der Konsens der Diskussion vor der Pause sei nun abermals verloren gegangen. Dabei habe man übereingestimmt, dass Wachstum ein Mittel sei, nicht jedoch das Ziel. Nun werde Wachstum wiederum als Ziel diskutiert. Als Appell an die anwesenden Ökonomen bemerkt er, dass diese normalerweise versuchten, ein Ziel mit dem geringsten Mittelaufwand zu erreichen. Wenn man nun Wachstum als Mittel sehe, müsse man versuchen, die Ziele mit dem geringstmöglichen Wachstum zu erreichen.

Dies sei insbesondere der Fall, wenn man wie Prof. Dr. Carstensen davon ausgehe, dass Wachstum mit zum Teil ökonomisch schädlichen und problematischen Prozessen verbunden sei, die Nebenwirkungen aufwiesen. Daher müsse die Kommission versuchen, ihre Ziele mit einem möglichst geringen Quantum an problematischen Aspekten zu erreichen. Nachfolgend kritisiert er das Beispiel von SV Prof. Dr. Paqué. Demnach müsse man wachsen, um dafür gewappnet zu sein, die aus dem Wachstum resultierenden Schäden abwehren zu können. So könnten sich die ökonomisch starken Niederlande gegen Folgeschäden wie Klimaveränderungen oder das Anwachsen des Meeresspiegels besser verteidigen als Bangladesch. Dies stelle jedoch den falschen Ansatz dar. Im Gegenteil müsse man sich fragen, wie man den Standard eines Landes hochhalten oder verbessern könne, ohne durch einen Prozess hindurchgehen zu müssen, der solche Folgewirkungen aufweise. Somit dürfe man die Korrelation zwischen Ziel und Mittel nicht aus den Augen verlieren. Solange man diese Differenzierung nicht ernst nehme, werde man sich immer wieder in der Argumentation verfangen.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen befürwortet eine Differenzierung. Demnach könne man sprichwörtlich nass werden, indem man ein Bad nehme oder in

einen Schauer gerate. In beiden Fällen werde man nass, fühle sich jedoch anders. Mit dem Wachstum verhalte es sich genauso. Wenn sich eine Gesellschaft für beispielsweise mehr Umweltschutz statt Wachstum entscheide, müsse man hinsichtlich der Initiative differenzieren. So könne sich eine Gesellschaft aktiv für ein niedrigeres Wirtschaftswachstum entscheiden, um in einem anderen Lebensbereich eine höhere Qualität zu erzielen. Andererseits könne eine Gesellschaft dazu genötigt sein, beispielsweise den Mangel an fossilen Energien hinzunehmen, ohne zuvor alternative Antriebsmechanismen generiert zu haben. Letzteres werde durch das Bild des Schauers dargestellt. Demzufolge mache die Diskussion über die Auswirkungen von geringen Wachstumsraten nur bedingt Sinn. Wenn eine Gesellschaft bestimmte ökonomische Aktivitäten begrenze mit dem Resultat eines niedrigeren Wachstums, müsse man die Bedeutung für den Einzelnen angesichts niedrigerer Einkommenszuwächse im persönlichen Umfeld hinterfragen. Somit sei es sinnvoller, die genannten Aspekte der Gesellschaft vorab mit Hilfe des Bundestagsbeschlusses sowie der Enquete-Kommission zu vermitteln, als dass diese Aspekte mit einer Schockwirkung über die Gesellschaft hereinkämen. Insofern könne man die Gesellschaft auf ein durch exogene Faktoren sinkendes Wachstum vorbereiten. Auf diesem Wege könne ein großer gesellschaftlicher Konsens herbeigeführt werden, dass ein niedrigeres Wachstum zu akzeptieren sei. Eine solche Diskussion führe zu einem ganz anderen Ergebnis. Ein weiterer Aspekt sei z. B. das Freizeitbedürfnis der Deutschen. Ein großer Teil des Einkommensunterschiedes zwischen den USA und Deutschland sei durch die längere Freizeit der Deutschen zu erklären. Bei einem zukünftig noch größeren Bedürfnis nach Freizeit sei möglicherweise die Gesellschaft zu höheren Einkommenseinbußen bereit, was dazu führe, dass dies in der Gesellschaft mit allen Konsequenzen sehr gut durchsetzbar sei. Demnach dürfe man nicht pauschal die Frage stellen, inwieweit sich geringere Wachstumsraten auswirkten, sondern welche die tieferliegenden Gründe seien und wie man eine größtmögliche gesellschaftliche Akzeptanz erreichen könne.

SV Prof. Dr. Gert Wagner schließt sich den Ansichten der SV Prof. Dr. Carstensen und Prof. Dr. Miegel an.

SV Prof. Dr. Uwe Schneidewind sieht das Ziel der Enquete-Kommission darin, dass mit Hilfe der wissenschaftlichen Kompetenz neue Zusammenhänge bedacht würden, um Politikern eine gewisse Orientierung zu geben. Somit könnten Politiker bei vorausgesagten schrumpfenden Wachstumsraten nach politischen Handlungskonzepten in den Bereichen Arbeitsmarkt,

Sozialversicherung und Verschuldung suchen. Er kritisiert ferner, dass Prof. Dr. Paqué die ökonomische Disziplin unter Wert verkaufe. Demzufolge sei die Anpassungsfrage bereits geklärt bzw. eine Indexierung vonnöten. Seiner Ansicht nach sage jedoch die Wissenschaft zu den einzelnen Komplexen sehr viel mehr aus. Ein äußerst ausdifferenzierter gesundheitsökonomischer Diskurs sowie Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen zeigten, dass die Ökonomie ein wunderbares Instrumentarium biete, um sich mit diesem Komplex auseinanderzusetzen. Die Frage sei, wie effiziente und effektive Politik unter schrumpfenden Bedingungen aussehe. Insofern sei er von der Haltung Prof. Dr. Paqués, sich auf eine Indexierung zu beschränken, irritiert. Dieses Unbehagen sei in weiteren Bereichen der Disziplin bemerkbar, so auch bei jungen Studenten in ökonomischen Studiengängen, so dass nach der Ursache zu fragen sei.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke bemängelt, dass sich die Ökonomen der eigentlichen Frage nicht stellen würden. Dabei gehe es um die Folgen eines niedrigen Wachstums, welches ein sehr realistisches Szenario darstelle. Mit dieser Methode könne zudem das Szenario des hohen Wachstums bedacht werden. Dies sei eine äußerst wichtige methodische Frage. Bezug nehmend auf die Äußerung von Prof. Dr. Paqué konstatiert er, dass jeder an einem Wachstum interessiert sei. Ohne Wachstum werde kein einziges ökologisches Problem gelöst, da alle Faktoren auf dem gleichen Level gehalten werden würden. Dies werfe gleichzeitig eine Systemfrage auf, angesichts eines Systems, das ohne Wachstum nicht funktioniere. Folglich sei der Unterschied zwischen gar keinem Wachstum und moderatem Wachstum wesentlich. Letzteres sei auch aus ökologischen Aspekten sinnvoll. Die Stellung dieser Frage bewirke, dass man sich den eigentlichen Problemen zuwende. So zeige die seit den 1980er Jahren bestehende Umverteilung von unten nach oben, dass ein enormes Rückverteilungspotenzial bestehe. Dies könne ohne die Wachstumsfrage durchaus gelöst werden. Er hinterfragt schließlich die Gründe für den Widerstand gegen diese Frage, zumal Deutschland im internationalen Vergleich auf diesem Gebiet Vorreiter sein könne.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué bemerkt, er habe zu keiner Zeit in dieser Kommission für ein Wachstum plädiert, dass über 1,5 Prozent hinausgehe. Dies sei in normalen Gleichgewichtslagen von Industrieländern zu beobachten. Somit sehe er einen gewissen Konsens. Es sei bisher immer nur das Bild des Nullwachstums aufgeführt worden. Das Wachstum der 1950er bis 1980er Jahre habe in einer ganz anderen Dimension gelegen, so dass diese Situation bereits seit 30 Jahren bestehe. Insofern sehe er diesbezüglich

keinerlei Probleme. Er stellt die Äußerung von Prof. Dr. Miegel, nach der sich Deutschland auf einem hohen Wohlstandsniveau befinde, jedoch entgegen aller Übereinstimmungen wiederum Wachstum als Ziel gesehen werde, in Frage. Letzteres bestreite er. Stattdessen gebe es sozialpolitische Ziele, z. B. Altersrenten, ein angemessenes Sozialhilfeniveau oder eine ausreichende Sozialversorgung. Diese Ziele seien jedoch mit mehr Wachstum leichter erreichbar. So seien die Renten mehr oder weniger an die Einkommensentwicklung über den Umweg einer parlamentarischen Entscheidung gekoppelt. Das Parlament könne sich jedoch bei stagnierendem oder schrumpfendem Wachstum keiner Rentenkürzung entziehen. Er halte es ferner für realistisch, mit Hilfe des Wachstums das Rentenniveau trotz des demographischen Wandels zukünftig zu halten oder gar zu steigern. In diesem Zusammenhang entgegenstehende Meinungen halte er für Mystifizierungen. Die Gesundheitsversorgung gestalte sich hingegen komplizierter. In Bezug auf die Möglichkeit eines stärkeren und effizienteren Gesundheitswesens befürworte er die Entwicklung von Szenarien und Modellen für die Projektgruppe 1. Nichtsdestotrotz gehe er intuitiv davon aus, dass trotz der Ausschöpfung sämtlicher Effizienzpotenziale, was zum Teil schon der Fall sei, es immer wieder Leistungsverbesserungen im medizinischen Bereich geben werde, die sehr teuer seien. Es sei ein enormes ethisches Problem für eine Gesellschaft, wenn Innovationen in anderen Ländern entwickelt würden, während sich das eigene Land dies nicht leisten könne.

Bezug nehmend auf die Thesen von Prof. Dr. Carstensen hinterfragt die Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) angesichts des durch Prof. Dr. Paqué beschriebenen stagnierenden oder schrumpfenden Wachstums die Möglichkeiten, die im Einsetzungsbeschluss aufgeführten Probleme so zu behandeln, dass im Renten- oder Gesundheitssystem keinerlei Kürzungen vorgenommen werden müssten. Der These von Prof. Dr. Paqué folgend stelle die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme das Ziel dar. Gerade bei einer wie von Prof. Dr. Carstensen erwähnten bewussten Entscheidung der Bevölkerung müsse die Enquete-Kommission angesichts sinkender Wachstumsraten diese Debatte führen. Ferner müsse man sich über Ziele wie eine gerechte Einkommensverteilung, funktionierende Sicherungssysteme, gute Arbeit anstelle prekärer Arbeit mit Armutslöhnen sowie stabile öffentliche Haushalte trotz sinkenden Wachstums verständigen. Diese Aspekte seien wichtiger als die Frage, ob schrumpfendes Wachstum vorliege.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) unterstützt, dass Prof. Dr. Paqué von einer Wachstumsrate von 1,5 Prozent ausgehe. Dies entspreche der Meinung der

Mehrheit der Projektgruppenmitglieder. Dabei stelle sich dennoch die Frage, wie man wichtige Ziele, wie eine adäquate Gesundheitsversorgung, erreichen könne. Sie plädiert dafür, sich von dem Ansatz zu lösen, dies nur mit höheren Wachstumsraten ermöglichen zu können. So erreiche man etwa im medizinischen Sektor mit minimalen invasiven Operationstechniken deutliche Einsparungen, kürzere Operationszeiten, kürzere Krankenhausaufenthalte, geringere Nebenwirkungen und Nebenbelastungen sowie geringere Infektionsgefahren. Dies stelle eine Innovation dar, die im Vergleich zu alten traditionellen Verfahren zu geringeren Kosten führe. Dies gelte auch für viele andere Bereiche. In der Diskussion müsse danach gefragt werden, inwieweit es möglich sei, diese Innovationen in der Breite schnellstens einzuführen. Es sei ein Irrtum, dass neue Technologien immer zu höheren Kosten führten. Dies sei empirisch nicht nachweisbar. Vielmehr gehe es darum, wie die Rahmenbedingungen gestaltet werden könnten. Ein weiteres Beispiel sei die Beschäftigungsthematik. So liege die Vollerwerbstätigkeitsquote bei Frauen lediglich bei 28 Prozent. Ferner würden die meisten Männer weniger, die meisten Frauen aber mehr arbeiten wollen. Somit sei der Schluss, dass das generelle Bedürfnis nach Freizeit steige, empirisch nicht belegbar. Dies hänge mit der demographischen Entwicklung im Zusammenhang, jedoch nicht mit der Frage der Wachstumsrate. Somit bestünde zwischen den Fragen nach der Organisation des Gesundheitswesens oder der Arbeitswelt und der Frage des Wachstums keinerlei Korrelation. Vielmehr stünden die Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen, die Gestaltung der Wirtschaft sowie die Gestaltung bestimmter Branchen im Vordergrund. Demzufolge sei realistisch, mittelfristig eine niedrige Wachstumsrate zugrunde zu legen, um mit Hilfe von Szenarien darauf aufzubauen, wie man wichtige politische Ziele auch bei einer solchen Wachstumsrate erreichen könne.

Abg. Judith Skudelny (FDP) bemerkt, die Wachstumsrate von China liege im Vergleich bei 8 Prozent. Weder moderates noch exorbitantes Wachstum bildete jedoch ein geeignetes Ziel. In Deutschland habe man Rahmenbedingungen wie die Energiewende, den Export neuer Technologien, stabile soziale Sicherungssysteme im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel sowie die nationale Umverteilung im Rahmen eines globalen Marktes gesetzt, die es zu erfüllen gelte. Im Hinblick auf die Projektgruppe 1 interessiere sie, inwieweit die Diskussion im globalen Kontext stehe bzw. wie sich bestimmte gesellschaftliche Ziele bei bestimmten Wachstumsraten entwickelten.

Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU) bezeichnet die durch die Abg. Ulla Lötzer eingebrachten Thesen als Horrorszenarien. Deutschland liege bei Einkommen, Sozialversicherung und Krankenversicherung weltweit gesehen auf einem soliden Platz. Daher klage man auf hohem Niveau. Es sei jedoch vor allem von Interesse herauszufinden, wie man bei vermuteten Wachstumsveränderungen innerhalb der nächsten Jahre in der Lage sein werde, mit den genannten Rahmenbedingungen weiter umzugehen. Somit dürfe man Wachstum nicht als Ziel, sondern als notwendige Erscheinung betrachten. Die These der Abg. Edelgard Bulmahn, dass es auch bei niedrigen Wachstumsraten Innovationen geben werde, führe zu der Frage, ob in einer solchen Situation die erforderlichen Finanzmittel für Investitionen gegeben seien. Fraglich sei insofern, ob ein ordentlicher Wachstumsprozess diese Investitionen besser unterstützen könne als das gegenteilige Wachstumsmodell. Somit sei ein Wachstumsskeptizismus nicht ratsam, da vom Wachstum positive Effekte ausgingen. Die Antwort auf die Frage, ob die Wachstumsrate bei 1,5 Prozent oder 1,8 Prozent liege bzw. ob dieser Wert steuerbar sei, sei bislang unklar. Es komme vielmehr darauf an, Wachstum zu ermöglichen und diesbezüglich Stolpersteine aus dem Weg zu räumen. Fraglich sei jedoch, wie es konkret in der Projektgruppe 1 weitergehe.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué bedauert, dass Prof. Dr. Schmidt nicht anwesend sei. Dieser habe in den Gutachten zur demographischen Entwicklung im Sachverständigenrat viele dieser Fragen, insbesondere, wie sich bei unterschiedlichen Wachstumsszenarien der Sozialstaat weiterentwickeln könne oder nicht, bereits angerissen. Diese Materialien könnten auch in die Projektgruppe 1 eingebracht werden. Ferner sei die Situation des Nullwachstums in einer internationalen Arbeitsteilung nicht so leicht zu erreichen, da man im internationalen Wettbewerb stehe und gestrige Ideen an Marktwert verloren gehen würden. Demzufolge könne man sich keinerlei Zielgrößen für das Wachstum vornehmen, da sich gewissermaßen die Zielscheibe selbst im internationalen Wettbewerb bewege.

SV Dr. Norbert Reuter sieht es als Erfolg an, in der Diskussion eine Wachstumsrate von ca. 1,5 Prozent zugrunde zu legen. Seiner Meinung nach sei dieser Wert schon sehr optimistisch, da er auch noch exponentielles Wachstum darstelle. Somit müssten die Zuwächse Jahr für Jahr steigen, wovon eine enorme Dynamik ausgehe. Aufgrund dessen sei es ratsam, in Zukunft von linearen, also von gleichbleibenden jährlichen Zuwächsen auszugehen. Lineares Wachstum bedeute mathematisch abnehmende Wachstumsraten. Darüber hinaus fordert er eine Begründung, warum es Jahr

für Jahr eine Steigerung in den realen Zuwächsen geben solle. Im Hinblick auf die Frage nach dem Fortschritt der Projektgruppe 1 verweist er auf ein Papier zum Thema: „Öffentliche Haushalte und Wachstum“ von Prof. Dr. Carstensen. Wenn man ernst nehme, dass Wachstum kein Ziel darstelle, müsse man in der Projektgruppe über die Mittel diskutieren, insbesondere wofür öffentliche Haushalte Finanzmittel aufwenden sollten, sowie deren Finanzierung. Stattdessen beinhalte das Papier die Frage, wie hoch die öffentliche Verschuldung sein dürfe, ohne das Wachstum zu bremsen. Somit werde Wachstum de facto bei der Umsetzung wiederum als Ziel behandelt. Schließlich habe der von Frau Skudelny eingebrachte Exportaspekt nichts mit Wachstum zu tun. Der Export trage nur dann zum Wachstum bei, wenn dessen Überschuss positiv sei. Diese Überschüsse bedeuteten aber, dass sich andere Länder wiederum verschulden müssten. Insofern stelle dies ein nicht nachhaltiges Wachstumsmodell dar. Aufgrund dessen müsse man sich von den Exportüberschüssen lösen, da daran Probleme wie die internationale Verschuldung hingen. Somit sei es falsch, das Wachstum mit einem Exportüberschuss zu fördern, statt den Import zu stärken und damit die Leistungsbilanz auszugleichen. Dies sei eine Lehre aus der Krise.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen kritisiert, dass man sich angesichts der Endogenität des Wachstums auf einen Wert von 1,5 Prozent festlege. Diesbezüglich bestehe keinerlei Konsens. Ferner sei ihm nach seinem Wechsel in die Projektgruppe 1 das Kapitel „Wachstum und die Verschuldung des Staates“ zugewiesen worden. Er bekräftigt die These, dass eine zu hohe Staatsverschuldung Auswirkungen auf das Wachstum habe. Auch er betrachte das Wachstum nicht als Ziel. Nichtsdestotrotz bremse eine zu hohe Verschuldung die wirtschaftliche Aktivität in einem Staat, was aus genannten Gründen nicht wünschenswert sei. Dieser Zusammenhang müsse unbedingt benannt werden, da man sonst die Staatsverschuldung weiter erhöhe, um das Wachstum anzukurbeln.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) fasst zusammen, dass Konsens darüber herrsche, dass Wirtschaftswachstum nicht das Ziel sein könne. Ferner sei fraglich, wie eine Gesellschaft mit niedrigen Wachstumsraten umgehen müsse. Darüber hinaus herrschten verschiedene Ansichten über Zahlen bzw. die Meinung, dass Wirtschaftswachstum nicht gelenkt werden könne. Gleichwohl bestehe Interesse, Szenarien zu betrachten, um die Bedeutung für die Gesellschaft und das Sozialsystem zu erkennen. Mit dieser Aufgabe werde die Projektgruppe 1 betraut. Neben den verschiedenen möglichen Wachstumsraten stünden auch die von Prof. Dr. Carstensen angeregte Frage

der Vermittelbarkeit für die Gesellschaft sowie die Frage von Frau Skudelny nach dem globalen Kontext im Vordergrund. Die Vorsitzende schlägt schließlich vor, dass sich die Projektgruppe 1 angesichts ihrer Klausurtagung am folgenden Montag mit den gegebenen Wünschen und Hinweisen auseinandersetzen und über die Realisierbarkeit der einzelnen Aspekte beraten werde. Im Anschluss daran werde am folgenden Dienstag in der Obleutebesprechung behandelt, wie man mit den Beschlüssen der Projektgruppe 1 umgehen werde bzw. wie noch ausstehende Aufgaben erledigt werden könnten. Ferner werde die Vorgehensweise bezüglich der anderen Projektgruppen sowie der Punkt 4 der Projektgruppe 1 ebenfalls auf das Obleutegespräch aus Zeitgründen verschoben. Die Vorsitzende dankt allen Anwesenden für die sehr konstruktive und tiefgründige Diskussion. Auch kleine Schritte würden in die richtige Richtung führen oder sich als doch nicht so klein herausstellen.

Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bemerkt, dass das Sitzungsende offiziell auf 16.30 Uhr gelegt worden sei. Demnach könne man zumindest den letzten Punkt der Projektgruppe 1 noch debattieren. Im Obleutegespräch sei angesichts anderer organisatorischer Angelegenheiten nicht genügend Zeit, diese Punkte ausreichend besprechen zu können.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) schiebt die Beratung von Tagesordnungspunkt 3 ein (inhaltliche Erörterung siehe dort) und widmet die verbleibende Zeit gemäß der Anregung von Frau Abg. Andreae dem Thema „Effekte eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft“ der Projektgruppe 1.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke betont, dass die seit den 1970er Jahren vorherrschende neoliberale Argumentationsfigur, dass der Umweltschutz die Kosten erhöhe und die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtige, was zur Abwanderung der Industrie sowie zu einem ‚Race to the bottom‘, also einem Wettbewerb zu Lasten der Umwelt, führe, falsch sei. Dieses auch in der deutschen Wirtschaftsforschung lang verbreitete Klischee sei nicht nur falsch, sondern häufig das Gegenteil richtig gewesen. Der Umweltschutz habe immer wieder Produkt- und Prozessinnovationen induziert und die Ressourcenproduktivität gesteigert, so dass er heute eine zentrale Dimension des Innovationswettbewerbs darstelle. Er verweist auf Prof. Dr. Carstensens Beispiel des sog. ‚Carbon leakage‘, also die Abwanderung kohlenstoffarmer Industrien als Folge von zu hohem Klimaschutz. Dazu gebe es in der Tat auch von Seiten der europäischen Kommission Beispiele. Nichtsdestotrotz stelle dies kein pauschales Argument gegen anspruchsvolle Klimapolitik oder

Umweltpolitik dar. Zweifellos gebe es eine Verlagerung hin zu billigeren Löhnen, dabei sei jedoch die Umweltfrage nicht inbegriffen. In diesem Zusammenhang müsse man seiner Meinung nach aber auch die sog. ‚Spill-over-Effekte‘ benennen, die darin bestünden, dass der deutsche Export klimafreundlicher Technologien zu einem Anpassungsdruck innerhalb der europäischen Union führe. Dies habe zur Folge, dass sich Exporteure anderer Länder den deutschen Standards anpassen müssten.

Überdies hinaus gebe es innerhalb der Projektgruppe 1 Grund zur Beschwerde über den Umgang mit der Minderheit. So habe man zur Unterstreichung der Bedeutung der ‚Green Economy‘ im internationalen Wettbewerb neben einem Zitat Barack Obamas auch eines des Stellvertretenden Chinesischen Ministerpräsidenten verwendet, welches mit folgender Begründung gestrichen worden sei: „Der Deutsche Bundestag sollte sich nicht Äußerungen einer kommunistischen Regierung zu eigen machen.“ Dies stelle ein nicht zu akzeptierendes Diskussionsniveau dar, insbesondere zu dem Zeitpunkt, an dem sich die deutsche Bundeskanzlerin sowie der deutsche Umweltminister in China befunden hätten. Ferner sei es sehr schwierig, kreativ vorzugehen. So sei die Studie ‚Green Economy‘ von UNEP aufgrund angeblicher methodischer Mängel nicht zitiert worden. Dieser Vorwurf sei nicht weiter begründet worden. Einwände dieser Art müssten zukünftig begründet werden, um Geltung zu erlangen. Der apodiktische Umgang mit Aussagen stelle das Ende jeder kreativen Diskussion dar. Dies mache lange Minderheitsvoten unvermeidlich.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) bittet darum, über den Inhalt der Kontroversen zu sprechen anstatt die Form der Zusammenarbeit innerhalb der Projektgruppe 1 zu kritisieren. Sie verweist die Problematik der Umgangsweise auf die Obleutebesprechung bzw. die Projektgruppe 1.

Bezug nehmend auf die Aussagen von Prof. Dr. Jänicke betont der SV Prof. Dr. Kai Carstensen, dass derzeit ökologische Sektoren unbestritten sehr innovativ seien. Diese Innovation sei eine Konsequenz aus der Regulierung. Wenn ein Input-Faktor teurer werden würde, beginne auch an dieser Stelle die Innovation. Fraglich seien jedoch die gesamtwirtschaftlichen Verluste an anderen Stellen, an denen Arbeitsplätze wegfielen, was man anhand der Abschaltung der Kernkraftwerke sehen könne. Somit müsse man eine Abwägung der Beschäftigungswirkung vornehmen. In diesem Zusammenhang seien jedoch nur optimistische Studien zitiert worden. Zwar seien in Prof. Dr. Jänickes Artikel sowohl positive als auch negative Studien einge-

bracht worden, nicht jedoch in seinem heutigen Beitrag. Ferner seien keinerlei Anhaltspunkte über die Herkunft der optimistischen Studienergebnisse, inklusive der Studie der UNEP, bekannt. Aus diesem Grunde könne man solche Ergebnisse nicht zitieren. Dies betreffe auch eine bereits zitierte Studie über die positiven Wachstums- und Beschäftigungswirkungen von ‚Green Growth‘, die auf der Annahme beruhte, dass der Umweltsektor einen überproduktiven Sektor darstelle. Daher habe man beschlossen, dass es vorteilhaft sei, wenn der Staat diesen Sektor mit Hilfe von Investitionsmitteln unterstütze. Diese Annahme sei seiner Ansicht nach jedoch schwer zu begründen. Solche Sichtweisen müssten anderen gegenüber gestellt werden. Ferner halte er das Zitat eines Stellvertretenden Chinesischen Ministerpräsidenten neben dem des Amerikanischen Präsidenten für ungleichgewichtig. Überdies hinaus empfinde er es als schwierig, Entscheidungen in einem demokratischen Gemeinwesen mit einer Aussage eines nicht gewählten Politikers zu begründen.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué bittet darum, die von Prof. Dr. Jänicke vorgebrachten Aspekte in einer Obleutebesprechung zu debattieren.

Abg. Judith Skudelny (FDP) verweist auf eine Studie über den Ablauf und die Existenz des ‚Carbon leakage‘. Sie betont, man müsse nach den Gründen dafür fragen. So könnten laut dem SV Hexel die stark zurückgefahrenen Arbeitskosten in Deutschland keinen Grund dafür bilden. Sofern die Projektgruppe 1 die Existenz des ‚Carbon leakage‘ beweisen wolle, verweist sie auf die globale Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) sowie die nationalen Studien des Statistischen Bundesamtes. Demzufolge lägen bereits Import- und Exportzahlen sowie diesbezügliche Qualitäten und Investitionszahlen vor. Somit könne man Synergie-Effekte zwischen der Projektgruppe 1 und der Projektgruppe 3 erzielen.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) plädiert dafür, unterschiedliche Ansichten gegenüberzustellen. Er bezieht sich auf Aussagen des Bundesumweltministers sowie Roland Bergers, nachdem der Umweltsektor bis zu 350.000 Stellen produzieren und 2020 den Leitsektor der deutschen Wirtschaft darstellen würde. Dabei löse er die Automobilindustrie in puncto Beschäftigungszahl und Umsatzhöhe ab. Dies müsse in die Argumentation mit einfließen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) bittet schließlich darum, in der Projektgruppe 1 hinsichtlich der verschiedenen Ansichten deskriptiv vorzugehen sowie eine Zusammenarbeit mit der Projektgruppe 3 zu begründen. Weitere Kritikpunkte seien Gegenstand der Obleuterunde.

Tagesordnungspunkt 2

Vergabe einer Kurzexpertise „Bedingungen, Strategien und ethische Verpflichtungen bei der Lösung einer Allmendeproblematik aus Sicht einzelner Akteure“

hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)64

Die Vorsitzende Daniele Kolbe (SPD) weist auf zwei noch ausstehende Punkte in der Tagesordnung hin. Unter Tagesordnungspunkt 2 bittet die Projektgruppe 3 um die Vergabe einer Kurzexpertise.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender der Projektgruppe 3, führt aus, dass man sich bei der Frage, ob sich der Ressourcenverbrauch bei einem zu erhaltenden Wohlstand senken lasse bzw. ob sich Wirtschaften und Ressourcenverbrauch voneinander entkoppeln ließen, mit dem Allmendeproblem einer Volkswirtschaft im globalen Kontext konfrontiert sehe. Es sei nicht möglich, dass eine Volkswirtschaft der Welt agiere, ohne dass es zu Systemverschiebungen komme. Aus diesem Grund habe die Projektgruppe 3 Angebote zur Erstellung eines wissenschaftlichen Kurzgutachtens angefordert. Aus den eingegangenen Angeboten wolle sie der Kommission Prof. Dr. Weimann von der Universität Magdeburg empfehlen. Dieser werde sehr stark ökonomische Aspekte beleuchten und zudem auf eine DFG-Studie zurückgreifen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) veranlasst die Abstimmung.

Die Beschlussempfehlung auf Kommissionsdrucksache 17(26)64 und damit das Angebot von Prof. Dr. Weimann wird mehrheitlich bei fünf Enthaltungen angenommen.

Tagesordnungspunkt 3

Beschlussfassung über die Durchführung des Symposiums am 21. März 2012

hierzu: Kommissions-Arbeitsunterlage 17(26)15

Die Vorsitzende zieht den Tagesordnungspunkt 3 vor, der die Beschlussfassung zur Durchführung eines Symposiums am 21. März 2012 enthalte. Sie bittet um den formalen Beschluss zur Durchführung des Symposiums als öffentliche Anhörungssitzung. Der Ablauf des Symposiums ist auf der Arbeitsunterlage 17(26)15 (verteilt am 10. Januar 2012) dargestellt.

Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben, womit die Durchführung des Symposiums beschlossen ist.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 16.27 Uhr.

Schluss der Sitzung: 16.27 Uhr

Bü/Pe/Ha/Wa/Wei



Daniela Kolbe, MdB
Vorsitzende